

Theodor-Heuss-Preis 1974



Demokratie aktiv legitimieren

Willy Brandt, H. Hamm-Brücher, K. G. Hasemann,
Hans Maier, Georg Kronawitter, Georg Picht



Demokratie aktiv legitimieren

Wie Demokratie aktiv
legitimieren

Verantwortung für die Zukunft
des Landes übernehmen

Theodor-Heuss-Preis 1974



Demokratie aktiv legitimieren

Willy Brandt, H. Hamm-Brücher, K. G. Hasemann,
Hans Maier, Georg Kronawitter, Georg Picht

Am 2. Februar 1974 wurde der THEODOR-HEUSS-PREIS
in München an

die Initiativgruppe zur Betreuung ausländischer Kinder e.V.
(München),

den Initiativkreis ausländischer Mitbürger und den Spiel- und
Lerngruppen für Gastarbeiterkinder (Augsburg)

und THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN an

Frau D. Dorothee Sölle,

Frau Thea Gerstenkorn

verliehen.

Hiermit legen wir die Ansprachen und Diskussionsbeiträge
vor, die anlässlich der zehnten Verleihung des THEODOR-
HEUSS-PREISES im Herkules-Saal der Münchner Residenz
gehalten und festgehalten wurden.

Auch in diesem Jahr möchten wir mit dieser Veröffent-
lichung dazu beitragen, die Leistungen unserer Preisträger und
die Bemühungen der STIFTUNG THEODOR-HEUSS-PREIS
E. V. einem größeren Kreis interessierter und engagierter
Bürger bekanntzumachen.

Wir danken allen, die uns diese Veröffentlichung ermöglicht
haben – vor allem unserem Kuratoriumsmitglied,
Herrn Generaldirektor Hans Dürrmeier.

München, im November 1974

STIFTUNG THEODOR-HEUSS-PREIS E. V.

I Begrüßung

1. K.-G. Hasemann, 2. Vorsitzender

Es ist mehr als die obligate Freude, Sie hier bei der 10. Verleihung des Theodor-Heuss-Preises begrüßen zu dürfen.

Sie, hochverehrter Herr Bundeskanzler, geben uns heute schon zum zweiten Mal die Ehre. Mit hohem Interesse erwarten wir Ihre Ausführungen über "Perspektiven der neuen Mitte". Wer der politischen Ebene nahe genug steht, kann nur dankbar dafür sein, daß Sie bei den außerordentlichen Belastungen Ihres Amtes Zeit für den Theodor-Heuss-Preis gefunden haben. Dankbar und auch ein wenig stolz, wenn man in der Stiftung Theodor-Heuss-Preis mitwirkt.

Als ich Sie, hochverehrter Herr Bundesaußenminister, heute morgen abholen durfte, mußte ich zu meinem Leidwesen feststellen, daß Sie nicht "hoch auf dem gelben Wagen" gekommen sind, sondern ganz irdisch – wenn dies ein Bild ist – durch die Luft mit einer Maschine der Bundeswehr. – Bei der Verleihung des Theodor-Heuss-Preises vor fünf Jahren hatte ich im Rahmen der Begrüßung Gelegenheit, dem damaligen Bundesjustizminister Dr. Heinemann meine guten Wünsche zu der bevorstehenden Wahl zum Bundespräsidenten mit auf den Weg zu geben. Wir alle erinnern uns, wie offen die seinerzeitige Wahl war. Es ist dann für mich eine große Freude gewesen zu sehen, daß meine guten Wünsche geholfen haben. Heute ist es wohl nicht notwendig, dem zweiten Träger eines Theodor-Heuss-

Preises, der sich zur Wahl für das höchste Amt in unserer Bundesrepublik stellt, alles Gute für diese Wahl zu wünschen. Wohl aber zu einer erfolgreichen und glückhaften Führung des hohen Amtes. – Wenn ich jedoch einen Wunsch zu Ihrer Wahl, Herr Minister, aussprechen darf, so ist es der, daß auch die CDU/CSU für Sie stimmen möge. Der politische Otto Normalverbraucher würde einen von allen Parteien gewählten Bundespräsidenten wohl zu schätzen wissen (womit ich keine Wahlpropaganda für die CDU/CSU machen möchte).

In Ihnen, Herr Staatsminister Maier, darf ich den Repräsentanten der Bayerischen Staatsregierung begrüßen. Wir alle freuen uns, Sie hier unter uns – sozusagen in der Höhle der bayerischen liberalen Löwen, denn schließlich sind wir auch noch da – zu sehen. Man hat ja wirklich von hier oben ein prächtiges politisches Bild, sozusagen "ein Gruppenbild mit Dame", allerdings einer Dame, die sehr existent ist. Es verdeutlicht die Spannweite des über Parteigruppierungen hinweggehenden liberalen Gedankens und ist zugleich ein Spiegelbild der – ebenfalls herzlich willkommenen – Mitglieder und Kuratoren der Stiftung Theodor-Heuss-Preis.

Theodor Heuss selbst hätte es vermutlich höchlichst genossen, wenn er sehen könnte, daß im Münchner Herkulesaal so maßgebende Politiker der Bundesrepublik aus SPD, FDP und CSU sich unter seinem Bild zusammengefunden haben. –

Meine Damen und Herren, wir wissen heute unter uns so viele prominente Gäste aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft – Abgeordnete des Bundestages und des Bayerischen Landtages, Minister, Oberbürgermeister, Präsidenten, Vorsitzende, Generalsekretäre, so viele ehemalige Theodor-Heuss-Preisträger und sonst bemerkenswerte Persönlichkeiten, daß es mir nicht möglich ist, Sie alle einzeln zu begrüßen, – ohne daß ich viel zu lange reden und in die übliche Begrüßungslitanei verfallen würde. Lassen Sie

mich stellvertretend nur noch Frau Ursula Heuss und Frau Barbara Heuss-Babić nennen, – und im übrigen Ihnen allen – prominent oder nicht – ein herzliches Willkommen sagen. Wir freuen uns, daß Sie gekommen sind.

10 Jahre Theodor-Heuss-Preis. Alle Jahre wieder! Ist das nicht etwas viel? Wenn man immer nur begrüßen kann, dann möchte man wenigstens zur Feier der 10-Jahres-Feier einmal zwei Minuten philosophieren.

Das sieht dann so aus:

- Als ich vor zwei Wochen einmal in München war
- eine vielgeliebte Abendzeitung
- zwei Buben mit dem Wagen ihrer Mutter ausgerissen
- Genua
- Interview:

„Wir wollten hauptsächlich weg – nicht nur wegen der Schule, die stinkt uns beiden. Wir gehen in München aufs Ludwigsgymnasium und weil ich die Oberschule sowieso nicht schaffen werde, ist es eh wurscht, daß ich abgehauen bin. Mir gefällt außerdem das ganze Staatssystem nicht. Das ist vielleicht Idealismus von mir, aber ich sehe nicht ein, warum ich weniger haben soll, als meinetwegen ein Rothschild“.

„Marxistische Plaudereien vor kapitalistischen Kaminen“

- oder „warum ich den Theodor-Heuss-Preis auch nach 10 Jahren noch für eine notwendige Einrichtung halte.“
- Zu meiner Rechtfertigung bin ich jedoch in der glücklichen Lage, einen untrüglichen Zeugen aufzuführen zu können.

Der Bundespräsident Gustav Heinemann hat an diese festliche Versammlung folgende Grußbotschaft gerichtet:

*

„Die diesjährige Verleihung des Theodor-Heuss-Preises steht unter zwei besonderen Vorzeichen. Theodor-Heuss, zu dessen Gedenken der Preis gestiftet wurde, könnte in diesen Tagen seinen 90. Geburtstag begehen. Der nach ihm genannte Preis wird heute zum 10. Mal verliehen.

Beides ist Anlaß, dem Vorstand und dem Kuratorium der Stiftung Theodor-Heuss-Preis sowie den Preisträgern 1974 meine Grüße und meine Glückwünsche zu übermitteln. In den 10 Jahren seines Bestehens hat der Theodor-Heuss-Preis die Entwicklung der Bundesrepublik begleitet und widerspiegelt. Er hat beispielhaftes Handeln von Einzelnen und Gruppen herausgestellt und damit Gleichgesinnte ermutigt. Zu seinen Preisträgern zählen bekannte Wissenschaftler, Künstler und Politiker, Gruppen und Gemeinschaften mit unterschiedlichen Zielsetzungen sowie Männer und Frauen, die still, unauffällig und fast unbemerkt im politischen oder sozialen Bereich mehr getan haben, als das, was man üblicherweise unter staatsbürgerlicher Pflicht versteht.

In diesem Jahr wurden stellvertretend für alle, die den Gastarbeitern helfen wollen, mit ihren besonderen Schwierigkeiten fertig zu werden, zwei Gruppen ausgezeichnet, die sich in ihrer Freizeit ausländischen Kindern in München und Augsburg annehmen. Sie haben sich damit einer Aufgabe zugewandt, die in ihrer menschlichen und sozialen Bedeutung lange übersehen wurde. Die bisherigen Preisträger, zu denen ich mich gerne zähle, freuen sich, daß solche Gruppen nun zu uns gehören.“

2. Prof. Hans Maier, Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus

Namens der Bayerischen Staatsregierung darf ich Sie zum zehnjährigen Jubiläum des Theodor-Heuss-Preises im Herkulesaal der Residenz herzlich begrüßen.

Keine Angst, ich will etwaiges Gedränge in der 'Neuen Mitte' nicht vermehren. Die bayerische Politik bewegt sich ja seit je in einer breiten Mitte öffentlicher Zustimmung. Einen politisch topographischen Nachholbedarf haben wir nicht. Was ich sagen möchte, sind ein paar Bemerkungen, die sich bei dieser Feier aufdrängen, einmal zu Theodor-Heuss, dann zum Heuss-Preis und schließlich zum Thema Nonkonformismus und Liberalität.

Theodor Heuss, nach dem dieser Preis benannt ist, war ein ebenso unfeierlicher wie herzeshöflicher und würdiger Mann – der beste Repräsentant, den diese Republik nach den Exzessen neudeutscher Großmannssucht hat finden können. Er hatte, was bei deutschen Politikern selten ist: Leichtigkeit, Ironie, Distanz zum eigenen Ich. Einen "Staatsklaven im Frack" hat er sich gelegentlich genannt, und das Regiebuch öffentlicher Verpflichtungen zwang ihn zu bewegtem Pendeln "zwischen Männergesangverein Tumringen und Sinngewand dieser Zeit". Doch fand er immer noch irgendwo zwischendurch ein Stückchen Zeit zum Zeichnen, Schreiben und Plaudern. (Nur zum Singen vermochte er seinen schwäbischen Brummbaß nicht zu zügeln – hier wird künftig eine Lücke zu schließen sein.) Gelegentlich schrieb er sogar hintersinnig Nachrufe auf Vorrat, besonders auf Leute, die er nicht mochte – von sich selbst aber meinte er, es sei wohl sein Schicksal, ein Fossil aus der Biedermeierzeit zu werden. Doch er war weit mehr als ein Denkmal altliberaler Gesinnung, nämlich ein feiner und weiser

Erzieher, und wenn man in seinen Tagebuchbriefen liest, mit wie sicherem Gefühl er die ersten Schritte Willy Brandts in der Bundespolitik registriert hat, oder wenn man auf das entzückende Diktum stößt, Hildegard Hamm-Brücher sei hübsch und gebildet und deshalb sei sie von ihrer Partei nur auf Platz siebzehn gesetzt worden, lang lang ist's her, im Jahre 1962 – dann wird deutlich, welchen pädagogischen Mentor wir in ihm gehabt haben, lange bevor die Heere der Bildungsforschung und -planung zu marschieren begannen. (Übrigens war er einmal Kultusminister, als das noch kein Prügelknabenberuf war und Bildung noch nicht hinderlich in der Bildungspolitik.)

Nun aber zum Heuss-Preis. Ist er dem von Heuss gesetzten Anspruch gerecht geworden? Preiswürdig seien, so liest man, über alle parteipolitischen Grenzen hinweg alle Staatsbürger, "die in besonders überragender und vorbildlicher Weise demokratischen Einrichtungen oder Einsichten zum Durchbruch verholfen haben oder besonders hervorragende Beispiele für gelebte demokratische Fairneß, Toleranz und guten politischen Stil gegeben haben". Nun, Theodor Heuss hätte hier vielleicht ein paar große Worte gestrichen als Redakteur und "Kürzungs-Routinier", wie er sich gerne nannte, und statt von gutem politischen Stil hätte er einfach von politischem Stil gesprochen; schlechter Stil ist eben keiner. Und das Wort Engagement – ich weiß es aus einem Gespräch mit ihm aus meiner Studentenzeit – war ihm verhaßt; er hörte dahinter immer das NS-Wort "Einsatz". Er sprach lieber von Mitarbeit oder von Hilfe. Er war ja lange Redakteur der "Hilfe". Und wäre er heute unter uns, würde er vielleicht mahnen: Kinder, laßt doch die großen Worte, stilisiert mich nicht zum Denkmal, ich bin kein ausgeklügeltes Buch demokratischen Wohlverhaltens; schaut Euch lieber mein Leben, meine Sprache, mein Auftreten, privat und öffentlich, genauer an; dann entdeckt ihr vielleicht da und

dort etwas, was neu und aktuell sein könnte. Nämlich dies (und nun versuche ich zu übersetzen):

Nonkonformismus ist gewiß ein Element der Liberalität. Unbotmäßigkeit ist ein Ingrediens der Bürgertugend. Aber beide verflüchtigen sich, wenn sie standardisiert werden. Es ist wie mit der Kleidung: Ein bärtiger Student im Müllschluckermantel ist ein reizender Widerspruch zu einer glattgebürsteten Wohlstandsgesellschaft; deren Tausende aber sind schon wieder das Gegenteil, nämlich selbst Konformismus. Wir Deutschen lassen nun einmal nicht davon ab, eine Sache um ihrer selbst willen zu übertreiben. Wir kennen nur die Uniform – oder die Uniform. Wäre es aber heute nicht weit mutiger und – Verzeihung – liberaler, statt der Erziehung zum Ungehorsam den Respekt vor den Normen des Rechtsstaats zu prämiieren, statt des ach so wohlfeilen Widerspruchs gegen Alles und Jedes die Zustimmung zur demokratisch gefällten Entscheidung, statt der oft zur schäbigen Routine gewordenen Kritik, die wirkliche Kritik, die den Kritiker einbezieht? Ist nicht der Konsens zwischen den demokratischen Kräften so bedroht, daß alles, wirklich alles getan werden muß, um ihn zu stärken? Muß sich der Theodor-Heuss-Preis nicht daran messen lassen, ob es ihm gelingt, den Konformismus der kritiklosen Ja-Sager ebenso zu überwinden wie den Nonkonformismus der Eitelkeit?

Dies sollen nicht unfremde Gedanken eines Andersgläubigen in einer sozialliberalen Familienfeier sein. Wohl aber will ich eine Anregung geben: Daß die Heuss-Stiftung auch in Zukunft nicht nur Trends und Popularitätskurven nachzeichnen, sondern kräftige Akzente setzen möge, Akzente der Unabhängigkeit. Damit wir aus den Polarisierungen und Verteufelungen herauskommen; damit sich in der Politik unseres Landes jene 'Produktivität des Behagens' wieder herstelle, in der Theodor Heuss zu Recht den Kern menschlicher und politischer Wirkung gesehen hat. Ich

bin gewiß, wir würden damit nicht nur sein politisches Erbe ehren, wir würden ihm, dem Unfeierlichen, auch persönlich – ich muß ihn schwäbisch zitieren – "a Saufreud" machen.

3. Georg Kronawitter, Oberbürgermeister der Stadt München

Zur 10. Verleihung des Theodor-Heuss-Preises begrüße ich Sie sehr herzlich in München. Mein besonderer Gruß gilt Ihnen, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, und Ihnen, sehr verehrter Herr Bundesaußenminister, – aber ich wage hier und heute eine Abkehr von dieser Standardformel:

Mein besonderer Gruß gilt Ihnen allen, die Sie sich zur Preisverleihung und zum zehnjährigen Jubiläum der Theodor-Heuss-Stiftung eingefunden haben und gleichzeitig zu einer Art Geburtstagsfeier für den ersten Bundespräsidenten, der vor drei Tagen 90 Jahre alt geworden wäre.

Außerdem überbringe ich einen Glückwunsch: Denjenigen, die vor einem Jahrzehnt die Idee dieses Preises so glücklich und erfolgreich verwirklicht haben. Den Vertreter des Münchner Rathauses erfüllt es dabei mit einer gewissen Genugtuung, daß die Initiatorin und 1. Vorsitzende dieser Stiftung sich ihre politischen Sporen als damals jüngste Stadträtin in eben diesem Rathaus verdient hat.

Wenn der Schein nicht trügt, dann waren Sie, sehr verehrte Frau Dr. Hamm-Brücher, damals eine gelegentlich recht unbequeme Stadträtin, die ihre Auffassungen von Kommunalpolitik ebenso fundiert wie dezidiert vertreten hat.

Bequem haben Sie es sich und anderen auch mit dem Theodor-Heuss-Preis nicht gemacht. Denn wer 1964 gemeint haben mag, hier sei eben wieder einer jener Preise entstanden, die zur höheren Ehre ihrer Namensgeber oder Erfinder gemacht sind, der sah sich alsbald getäuscht.

Die Auswahl der Preisträger war von Anfang an geprägt von einem sicheren Urteil um die Werte, die der Preis ehren sollte: Vorbildliches demokratisches Verhalten, bemerkenswerte Zivilcourage und Einsatz für das Allgemeinwohl. So gesehen, hätte die Stiftung Theodor-Heuss-Preis diesen ihren Preis in jedem der 10 Jahre ihres Bestehens auch selber verdient.

Vor allem bewies diese Auswahl ein besonderes Gespür: Denn neben Persönlichkeiten aus dem politischen und geistigen Leben — man sollte diese Begriffe vielleicht nicht trennen! —, sind als Preisträger immer wieder einzelne Aktionsgemeinschaften getreten, die damals in unserem politischen Alltag eher noch im Hintergrund standen; Gruppen interessierter Bürger, die sich zusammengefunden hatten, um etwas von ihnen als richtig und notwendig Erkanntes durchzusetzen und zu verwirklichen.

Es hat, so meine ich, den Theodor-Heuss-Preis mit besonderem Leben erfüllt, daß hier eine Ermutigung ausgesprochen wurde, gerichtet an den einzelnen und an die Gemeinschaft, sich noch mehr einzusetzen, noch mehr Anteil zu nehmen, seine Kraft und Einflußmöglichkeiten noch mehr zum allgemeinen Besten zu gebrauchen.

Der Theodor-Heuss-Preis-Träger von 1968, Gustav Heinemann, hat, als er ein Jahr später Bundespräsident wurde, in seiner Antrittsrede dazu gesagt:

„Das Geheimnis auch der großen und umwälzenden Aktionen besteht darin, den kleinen Schritt herauszufinden, der zugleich ein strategischer Schritt ist, indem er weitere Schritte in Rich-

tung einer besseren Wirklichkeit nach sich zieht. Darum hilft es nicht, das Unvollkommene heutiger Wirklichkeit zu höhnen oder das Absolute als Tagesprogramm zu predigen. Laßt uns statt dessen durch Kritik und Mitarbeit die Verhältnisse Schritt für Schritt ändern!“

Eine glänzende nachträgliche Rechtfertigung der Preisverleihung, derer es freilich nicht mehr bedurfte? Mehr: Ein glänzendes Plädoyer des Preisträgers für die Ziele des Preises!

Nun bin ich weder zur Begründung der Preisverleihung noch zu einer Laudatio berufen. Aber lassen Sie mich sagen, daß gerade für den Oberbürgermeister einer Großstadt, die bei 1,35 Millionen Einwohnern heute weit über 200000 ausländische Mitbürger zählt, der Tenor der Preisverleihung und die Gruppen, denen er zuerkannt wird, besonders wichtig und erfreulich sein müssen.

Daß darunter eine Münchner Aktion ist, freut mich darüber hinaus natürlich erst recht. Denn wir versuchen ja seit langem ernsthaft, und, wie ich meine, mit wachsendem Erfolg, die „Gastarbeiterprobleme“ zu lösen, wobei ich als ein nicht unwichtiges Problem auch ansehe, von diesem Wort „Gastarbeiterprobleme“ endlich nicht bloß verbal, sondern gedanklich und bewußtheitlich wegzukommen.

Im übrigen kann es nicht allein für den Redner bei der Theodor-Heuss-Preis-Verleihung nützlich sein, sich mit den sehr klugen, schon weil nie langatmigen Reden des Bundespräsidenten Heuss zu beschäftigen. Dort findet sich 1952:

„Wir haben gelernt, daß die Welt komplizierter ist als die Thesen moralisierender Literaten. Aber wir wissen auch dies: Der Mensch, die Menschheit ist eine abstrakte Annahme, eine statistische Feststellung, oft nur eine unverbindliche Phrase; aber die Menschlichkeit ist ein individuelles Sich-Verhalten, ein ganz einfaches Sich-Bewähren gegenüber dem anderen, welcher

Religion, welcher Rasse, welchen Standes, welchen Berufes er auch sei. Das mag ein Trost sein."

Und als ihm selbst ein besonders wertvoller Preis verliehen wurde, der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, da benutzte er, der eben aus dem Amt geschieden war, die Gelegenheit wieder zu einem eindringlichen Appell, da sagte er:

"... daß das Miteinander von Menschen ... nicht zu einem Gegeneinander führt, ... daß Toleranz auch mehr ist als ein passives, ein "duldendes" Hinnehmen der Gegebenheiten und Sonderlichkeiten, sondern im Geistigen wie im moralischen Raum ein Element aktiver Tapferkeit. Ihm zu genügen und damit dem inneren ... Frieden, ist die Frage, die auf den einzelnen ... zukommt, und in deren millionenfacher Beantwortung ein Volksschicksal beschlossen ist."

Dieser Frage, meine ich, haben sich die Preisträger gestellt. Sie haben darauf eine Antwort gefunden, die sich praktizieren läßt, die echte Erfolge bringt, zu unserem Gewinn. Den Theodor Heuss-Preis haben sie sicherlich verdient. Vor allem aber, und das möchte ich nun zum Schluß sagen, verdienen sie, ebenso wie die Stiftung Theodor-Heuss-Preis, unseren herzlichsten Dank.

II Verleihung

Hildegard Hamm-Brücher, 1. Vorsitzende

Als Vorsitzende der Stiftung Theodor-Heuss-Preis obliegt es mir heute zum 10. Mal, Ihnen unsere diesjährigen Preisträger vorzustellen und die von Vorstand und Kuratorium getroffene Auswahl zu begründen.

Zuvor bitte ich jedoch um Erlaubnis zu danken. All denen zu danken, die auch heuer wieder unserer Einladung gefolgt sind, allen voran unseren Ehrengästen, Herrn Bundeskanzler Willy Brandt und Herrn Bundesaußenminister Walter Scheel. All denen zu danken, die unsere Arbeit seit 10 Jahren ideell, aber nicht zu unterschätzen, auch materiell, unterstützt haben. Auf richtig danken möchte ich den Mitgliedern der Familie Heuss, der wir uns freundschaftlich verbunden fühlen dürfen, den Damen und Herren unseres Vorstandes und Kuratoriums, ohne deren Mitarbeit der Preis nicht vergeben werden könnte.

Und da Vorstand und Kuratorium sich weder parteipolitisch einseitig noch aber aus politischen Abstinenzlern zusammensetzen, wird um Entscheidungen ebenso hart gerungen wie um ihre Begründungen. Daß wir uns mit diesem Selbstverständnis unserer Arbeit bewußt auch als Stiftung exponieren, haben wir beinahe in jedem Jahr erfahren.

Dennoch ist es selbst wachsamsten Kritikern unserer Stiftung bisher nicht gelungen, uns und unsere Preisträger auf einen der

üblichen Nenner oder unter einen der üblichen Proporzhüte zu bringen. Auf die in unserer Demokratie immer noch nicht selbstverständliche Idee — es könne sich durchweg um engagierte Demokraten handeln — kommen diese Kritiker nicht.

Das aber ist des Rätsels Lösung und das wohl wichtigste und erfreulichste Ergebnis unserer Arbeit:

Es gibt einen gemeinsamen Nenner für engagierte Demokraten aller politischen Schattierungen und dieser gemeinsame Nenner ist größer und tragfähiger als, wir es uns selber vorgestellt haben.

Natürlich wissen wir nur zu gut, daß wir keine Wunder bewirken und kein Allheilmittel gegen demokratische Malaise verschreiben können. Aber es ist gut zu wissen, daß unser Bemühen nicht ganz umsonst war. Nicht weniger als 25 von rund 40 ehemaligen Preisträgern sind heute unter uns. Viele der seinerzeit ausgezeichneten, um ihre Existenz ringenden Gruppen (zum Beispiel die Lebenshilfe für geistig Behinderte, die Hilfe für strafentlassene Jugendliche, die PROP-Alternative etc.) sind heute in ihrer Arbeit anerkannt und finden öffentliche Unterstützung. Unsere jungen Preisträger zwischen 18 und 28 — die weit über die Hälfte aller Preisträger ausmachen — sind teilweise bereits in verantwortliche Positionen aufgerückt. (Nicht zuletzt dürfen wir auch ein wenig stolz darauf sein, daß zwei unserer Preisträger — ohne daß dies zum Zeitpunkt ihrer Auszeichnung voraussehbar gewesen wäre, (damals waren sie umstritten, ja an der Grenze des Scheiterns) — in das höchste Staatsamt berufen beziehungsweise, wie wir wohl annehmen dürfen, demnächst berufen werden. Gerade diesen beiden Preisträgern und dem Gelingen ihres Werkes gelten heute unsere besten Wünsche.)

Alles in allem: THEODOR-HEUSS-PREISTRÄGER werden — heute nach 10 Jahren — nicht nur im "who is who" vermerkt.

— Sie wirken in dem Sinne weiter, wie wir ihn 1964 in unserer Stiftungsurkunde definiert haben.

Gestatten Sie mir bitte an dieser Stelle eine kurze zusätzliche Bemerkung, die sich aus einer in diesen Tagen neuerlich aufgebrochenen Aktualität ergibt:

Vorstand und Kuratorium der Stiftung haben auf einer gemeinsamen Sitzung im Oktober beschlossen eine Unterstützungsadresse für Andrej Sacharow und Alexander Solschenizyn an maßgebliche sowjetische Stellen zu richten. Ganz einfach deshalb, weil wir der Ansicht waren, daß diese beiden Männer zu dieser Zeit das wohl exemplarischste und mutigste Beispiel für Zivilcourage gegeben hatten. Diesen seinerzeitigen Beschluß möchten wir heute deshalb bekanntgeben, weil uns ein Wort der Fürsprache nun vor allem für A. S. besonders dringlich zu sein scheint.

Es gäbe, anlässlich unseres 10. Jubiläums, das mit dem 90. Geburtstag von Theodor Heuss zusammenfällt, und an der Schwelle des Jahres liegt, in dem unser Grundgesetz 25 Jahre alt wird, vieles zu bedenken und zusammenzufassen. Dazu fehlt mir hier die Zeit. Wir legen aber am heutigen Tag einen Rechenschaftsbericht über unsere zehnjährige Tätigkeit in Form einer Dokumentation vor, der wir den Titel unserer ersten Preisverleihung: "Vom rechten Gebrauch der Freiheit" gegeben haben. Wir hoffen sehr, daß diese Dokumentation nicht nur interessierte Leser findet, sondern auch der Sache weiterhilft, die darin beschrieben wird und der wir uns verschrieben haben.

Eine Stiftung wie die unsere muß sich jedoch davor hüten, Erfolgsspeck anzusetzen. Das erste Jahrzehnt liegt hinter uns. Wenn wir auch in Zukunft eine Existenzberechtigung haben und unsere äußere und innere Unabhängigkeit bewahren wollen, dann müssen wir uns immer wieder selber in Frage stellen, (wozu

übrigens auch die ausschließliche Finanzierung unserer Arbeit aus Spenden gehört. Wir haben keinen Apparat, erstatten keine Spesen und stecken, abgesehen von rund 200 DM monatlich für Verwaltungsaufwand, jeden verfügbaren Pfennig in die Arbeit unserer Preisträger.)

Beim Nachdenken über unsere künftige Arbeit haben wir unsere bisherigen Preisträger um Rat gebeten, den sie uns auch zu unserer dankbaren Freude in vielfältiger Weise gegeben haben. Daraus ist ein zweites Buch entstanden, das im Laufe dieses Jahres unter dem Titel "Auftrag und Engagement der Mitte" erscheinen wird. Auch dieses Buch ist alles andere als eine Jubiläumsschrift – schon eher eine Streitschrift geworden, die, ohne sich das ausdrücklich vorgenommen zu haben, die – (vor allem von Schelsky und anderen vertretenen) – These widerlegt, mehr Demokratie sei gleichbedeutend mit einem Weniger an Freiheit.

Abgesehen davon, daß mir eine solche These kein hilfreicher Beitrag zum Abbau der unheilvollen Polarisierung im politischen Denken zu sein scheint. Unsere Preisträger und mit ihnen die Stiftung wollen zur Festigung der freiheitlichen demokratischen Ordnung einen anderen, einen differenzierteren Weg aufzeigen, den ich hier nur in wenigen Worten skizzieren kann: Uns geht es darum, Demokratie in unserem Lande dadurch zu stabilisieren, daß wir sie von Fall zu Fall aktiv legitimieren. Das heißt: Demokratie muß immer wieder gewagt – sie muß aber auch immer wieder vor dem Umkippen bewahrt werden.

Auf diesen Prozeß des Wagens und des Bewahrens kommt es auch bei der Auswahl unserer Preisträger an. Die Möglichkeiten der Freiheit dürfen nicht brachliegen, sonst verkümmern sie. Sie dürfen aber auch nicht verschüttet oder zerstört werden. Bundespräsident Heinemann nannte dies bei einem Treffen der Preisträger die "Eckwerte der Demokratie, die nicht überfahren werden dürfen."

Konkret gesagt: Wenn Demokratie als Prinzip auch im gesellschaftlichen Zusammenleben wirksam werden soll, dann muß es nicht nur mehr Mitbestimmung und Selbstbestimmung geben, sondern auch mehr Pflichten und Verantwortung hierfür. Das eine bedingt das andere. Sonst haben wir am Ende weder Demokratie noch Freiheit.

Kein Zweifel, daß ein solcher Weg – weg vom Pendeln zwischen starren Extremen und hin zur Demokratie als einem gewollten Prozeß – lang und beschwerlich ist. Keine Verfassung, und mag sie noch so vorzüglich und freiheitlich sein, keine Regierung, und mag sie noch so guten Willens sein, keine Partei, und möge sie noch so gute Programme und vorzügliche Politiker haben – können dies allein bewältigen. Demokratie als Lebensform bedarf des politischen Gestaltungswillens einzelner und von Gruppen. Sie bedarf eines allgemeinen Grundkonsenses, der unabhängig ist von parteipolitischen Konstellationen und Stärkeverhältnissen, und sie bedarf nicht zuletzt einer individuellen demokratischen Verfassung (spricht: Haltung) seiner Bürger.

Noch ist dieses Fazit aus unseren Erfahrungen nicht mehr als ein Denkansatz, aber er eröffnet neue Möglichkeiten. Denn wenn man das unter einer demokratischen Mitte versteht, dann ist das alles andere als eine schmalbrüstige oder mittelmäßig kompromißlerische Angelegenheit – alles andere als eine Professor-Dr.-Bischof-von-Hindenburg-Ideologie. Diese Mitte ist offensiv und all denen ein Ärgernis, die nichts ändern oder alles ändern wollen.

Diese Mitte ist auch keine festgefügte Formation wie konservativ, progressiv oder sozialistisch. Sie ist eher eine Position, die sich in einer demokratischen Lebensordnung von Fall zu Fall zusammenfügt und in ihrer Wirkung schöpferischer und konstruktiver

tiver erweisen kann als eine polarisierte und damit gelähmte Frontenbildung. – Wahrscheinlich sollte man sich hüten, diese Art Mitte organisieren zu wollen. Wo immer sie aber wirksam wird, sollte man sie ermutigen und ihre politische Funktion und Bedeutung bewußt machen, die darin liegt, daß sie neben Parteien, Parlamenten und Regierungen über die eigentliche Lebens- und Widerstandskraft der Demokratie entscheidet.

Eben darum geht es der Stiftung Theodor-Heuss-Preis auch bei der Auswahl ihrer diesjährigen Preisträger, die heute wie immer stellvertretend für alle anderen gleichgerichteten Bemühungen ausgezeichnet werden sollen.

Es gibt kein Allheilmittel gegen die offenkundigen Gefährdungen und Gebrechen unserer Zeit; angesichts der Gleichgültigkeit, der Bequemlichkeit, des krassen Egoismus, der Trägheit des Herzens und der gelegentlich babylonischen Zeiterscheinungen gibt es entweder nur "Zwang und Knute" oder immer wieder das bessere Beispiel, das trotz mancher Augenblicke der Resignation und Hoffnungslosigkeit immer von neuem gegeben wird. Von solchen Beispielen (ich sage bewußt nicht "Vorbildern", weil das häufig schon einen penetrant pädagogischen Beigeschmack hat) soll nun die Rede sein:

1. Die Initiativgruppen:

Seitdem die Zahl ausländischer Arbeitnehmer in unserem Land die Zahl von 2 Millionen überschritten hat und ihr Bevölkerungsanteil in manchen Ballungsräumen auf 20 bis 25% angewachsen ist, ist das sogenannte Gastarbeiterproblem zu einem "Politikum" ersten Ranges geworden.

Mit diesem "Politikum" möchte ich mich heute nicht auseinandersetzen, wohl aber mit "humanum" – der humanitären und sozialen Seite des Problems.

Oft scheint es, daß diese Millionen Menschen, die samt ihrer Familien als "Gäste" bei uns leben, vergleichsweise weit mehr Probleme der genannten Art aufwerfen, als sie unserem Gemeinwesen helfen, wirtschaftliche Probleme zu lösen. Diese politische Abwägung aber steht hier nicht zur Debatte. Heute geht es um die sozialen und humanitären Probleme. Sie sind nun einmal da – bleiben irgendwo hängen, niemand scheint so recht zuständig zu sein, niemand weiß, wie sie zu lösen sind.

Materiell, kein Zweifel, geht es Gastarbeitern in unserem Land sehr viel besser als in ihren Heimatländern. Aber um welchen Preis? Die Entwurzelung unzähliger Menschen aus ihren angestammten Kultur- und Lebensformen, die Sprachbarriere, die zusätzliche Isolierung schafft. Die soziale Kluft, die sich zwischen ihnen und ihren deutschen Arbeitskollegen auftut.

Was uns aber vor allem bewegt, ist das Schicksal der Kinder, der ungezählt auftauchenden und zunehmend auch bei uns geborenen Kinder. Ihre vergleichsweise absolute Chancenlosigkeit in Schule und Berufsbildung, im persönlichen Leben und im Zusammenleben mit deutschen Kindern. Mit anderen Worten: Es bewegt uns ihr doppeltes Ausgestoßensein. Einmal aus der angestammten Heimat und zum anderen aus dem Lebenskreis, in den sie nun doch eigentlich hineinwachsen sollten.

Man kann diese lautlose Art des Ausgestoßenseins überhaupt erst ermessen, wenn man diese Kinder einmal beobachtet: Ihre Isolierung, ihre Sprachlosigkeit. Selbst, wenn sie schon ein wenig besser Deutsch verstehen, den Anforderungen des Unterrichts vermögen sie auch dann kaum zu folgen. Ihre Eltern können ihnen in keinem Fall helfen. Die sozio-ökonomischen Bildungsbarrieren, die wir schon bei unseren deutschen Unterschichten-Kindern beklagen, hier werden sie im doppelten Sinn zur unübersteigbaren Chinesischen Mauer.

Oder, wenn man durch die Getto-Straßen geht, deren her-

untergekommene Häuser vollgepfropft sind mit ausländischen Arbeitnehmern: Wo haben die Kinder hier ihren Platz? Wer berät sie? Wer steht ihnen bei? Immer wieder höre ich: Zu Hause hätten sie es auch nicht besser. Abgesehen davon, daß sie in ihren Heimatländern in mancherlei Hinsicht geborgener und nicht so wurzellos wären: Sie sind nun einmal hier, und damit tragen wir auch die Mitverantwortung. Erlauben Sie mir, einen kurzen Ausschnitt aus einem Bericht vorzulesen, der in Heft 3 der Zeitschrift "Laetare" erschienen ist:

"Hatseali wohnt mit seinen Eltern und drei Geschwistern in der Unterstadt, in der Nähe von Bert Brechts Geburtshaus. Die Gasse ist schmal, feucht und dunkel. Das Haus hat winzige Zimmer, eine enge Treppe und beherbergt vier Gastarbeiterfamilien.

Sein Vater und der 16jährige Bruder arbeiten als Hilfsarbeiter bei der Stadt. Seine Mutter trägt das Kopftuch und die langen Hosen unter weiten Röcken wie in der Türkei. Sie lebt hier wie in ihrem Dorf daheim. Sie spricht nicht Deutsch, sie versteht nicht Deutsch, sie kann nicht lesen und nicht schreiben. Fikrye, die ältere Schwester, ist 8 Jahre alt. Sie geht in die zweite Klasse.

Hatseali ging ein Vierteljahr lang in die Schule, dann meinte die Lehrerin, es gehe nicht mit ihm. Er lerne schlecht und störe die anderen Kinder. Er bekam zum Glück einen Kindergartenplatz und wird es nun in diesem Jahr noch einmal mit der Schule versuchen..."

Unsererseits überwiegt angesichts dieser Situation Ratlosigkeit und Gleichgültigkeit. Die Mehrheit der Menschen – auch der Behörden – sehen weg, weil sie so ratlos sind. Manchmal spürt man auch, daß sich hinter Gleichgültigkeit bereits Ablehnung und Haß verbirgt, der unversehens dann zum Ausbruch kommen könnte, wenn wir selber einmal schlechter daran wären.

In dieser Situation ist es eine jener ermutigenden Erfahrungen, daß sich in unserem Land immer wieder Menschen finden, um dieser Gleichgültigkeit entgegenzuwirken. Menschen, die in dem Wust von Problemen einfach irgendwo anfangen zu helfen, um nach kurzer Zeit die Erfahrung zu machen, daß ihre Hilfe allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein bedeuten kann. Dann geben sie entweder auf oder versuchen, systematischer vorzugehen, ihre Arbeit zu organisieren, Gesuche zu schreiben, Geld zu sammeln – und das alles ehrenamtlich und freiwillig, neben Familie, Beruf und eigenen Interessen.

Gelegentlich platzt ihnen dann auch mal der Kragen, und sie versuchen, die Öffentlichkeit zu mobilisieren, worauf sie meist umgehend als Radikale verdächtigt werden.

So kommt es, daß manche Gruppen und einzelne wieder aufgeben. Andere aber halten durch, wie die beiden heute auszeichnenden Beispiele der Münchner und der Augsburger Initiative. Die Münchner "Initiativgruppe zur Betreuung von ausländischen Kindern e. V." wurde im Januar 1971 gegründet und der "Initiativkreis ausländischer Mitbürger e. V." in Augsburg bereits 1970.

Lassen wir sie über ihre Erfahrungen selber sprechen: "Die gemeinsame Arbeit von Menschen, die aus ganz verschiedenen Lebensbereichen und Altersgruppen kommen, verlangt und bringt notwendig viel mit sich: Eine Menge Informationen – Verständnis für den Anderen, seine Motivation und Einstellung – Einsicht in den Arbeitsbereich, das Aussetzen der eigenen Meinung, das Überprüfen und vielleicht Ändern – das Erkennen und Aufgeben von Vorurteilen – das Erarbeiten und Begründen von Argumenten nach außen.

Hier findet ein Prozeß der Selbsterziehung und des Bewußtwerdens statt, der einen großen Wert und eine Bereicherung für den einzelnen Menschen und zugleich für das Gemeinsame – für

die Demokratie – beinhaltet. Der Gewinn für den einzelnen und die Freude an dieser Zusammenarbeit einer eben nicht nur einseitig engagierten Gruppe ist eine wichtige Quelle für die Lust zum weiteren Engagement und damit ein Eckwert der Demokratie . . .“

Ähnlich empfindet man, wenn man beide Gruppen besucht, mit ihren Hauptinitiatoren, – überwiegend jüngere Menschen – spricht und sie bei der Arbeit beobachtet. Wieviel Mühe, Einfallsreichtum, Zähigkeit und Geduld gehören dazu, um freiwillig diese Sisyphusarbeit durchzuhalten? Über 150 Mitarbeiter sind es in München, an die 100 in Augsburg: Abiturienten, Pfadfinder, Studenten, pädagogische Assistenten, Hausfrauen, Sozialarbeiter, aber auch ausländische Geistliche, Betreuer und Lehrer.

In Augsburg kommen zu der von der jungen Lehrerin Gertrud Scharr geleiteten Gruppe die unabhängig arbeitenden Lern- und Spielgruppen für Vorschulkinder hinzu, die von Frau Eva-Maria Hauck und ihren Mitarbeitern aus dem ökumenischen Frauenarbeitskreis geführt werden. In beiden Gruppen findet man neben kirchlichen und religiösen Bindungen vor allem auch bewußt gesellschaftspolitisches Engagement oder ganz einfach den Wunsch zu helfen – einen nützlichen Dienst am Mitmenschen zu leisten. Während in München unter einem Kollegial-Vorstand und der Geschäftsführung von Frau Irmgard Geiselberger die Hausaufgabenhilfe meist in den Privatwohnungen der Betreuer überwiegt oder sonstige Aktivitäten mit Jugendlichen organisiert werden, wird in Augsburg jede Form der sozialen Betreuung und Beratung ausländischer Arbeitnehmer miteinbezogen. Hier werden auch Begegnungen zwischen deutschen und ausländischen Familien durchgeführt.

Aber das ist nur die eine, im Grunde erfreulichere, Seite der Arbeit. Wenn man einmal die dicken Aktenordner der Gruppe durchsieht, dann findet man darüber hinaus eine Sammlung

eigener Untersuchungen, Planungen, Korrespondenzen mit Behörden und sonstigen Stellen. Ein Faß ohne Boden tut sich auf! Die Resonanz und Unterstützung, die all diese Bemühungen finden, kann man, von einigen löblichen Ausnahmen abgesehen, bestenfalls als bescheiden bezeichnen. Häufig überwiegen Argwohn, Bürokratismus, fehlendes Verständnis. Hierzu einige Sätze aus einem Erfahrungsbericht: "Die Reaktion der zuständigen Stellen ist zunächst nicht kalkulierbar. Sie kann von voller Zustimmung über Wohlwollen, Indifferenz bis hin zur scharfen Ablehnung reichen. Die Art der Reaktion ist in der Regel abhängig vom Selbstverständnis der Institution, von der gesellschaftlichen Relevanz des Problems und von der Selbstsicherheit der Institution.

Die Reaktion der betroffenen Institutionen ist für das Weiterbestehen beziehungsweise für die Art der Weiterarbeit der Gruppe konstitutiv. Muß die Gruppe sich permanent verteidigen, wird sie in die Opposition gedrängt. Kann sie gleich mit ihrer inhaltlichen Arbeit beginnen und sogar Unterstützung finden, dann kann die Arbeit fruchtbar werden."

Ich möchte das ohne Kommentar wiedergeben und nur noch hinzufragen: Woran liegt es, daß Hausaufgabenhelfer bis heute für ihre Tätigkeit keinerlei Vergütung erhalten? Weshalb erhalten Initiativgruppen, die jahrelang erfolgreich arbeiten, keine einigermaßen ausreichende finanzielle Grundausrüstung? Wesentlich billiger als jede Behörde arbeiten sie auf jeden Fall, darüber hinaus engagierter, beweglicher und spontaner. Wo hätte es irgendeine Behörde bisher besser gemacht als diese Initiativgruppen?

Ich glaube, es bedarf nun keiner weiteren Worte der Begründung, weshalb Vorstand und Kuratorium gerade dieses Engagement in diesem Jahr für den Theodor-Heuss-Preis ausgewählt

haben. Auch die vorhandenen Geldmittel, insgesamt 25000 DM, sollen ausschließlich diesen beiden Gruppen zufließen.

Wir hoffen aber darüber hinaus, daß diese und andere Gruppen, die sich ähnliche Aufgaben gestellt haben, in Zukunft mehr ideelle und materielle Unterstützung finden als bisher. Was wir dazu beitragen können, werden wir bestimmt tun.

Ihnen, liebe Preisträger, und jedem einzelnen der Helfer und Mitarbeiter möchte ich namens der Stiftung unseren Dank und Ermutigung für ihre Arbeit aussprechen. Wir hoffen mit Ihnen, daß sie eines Tages Früchte trägt. Sei es in der politischen Bewältigung der Probleme, bestimmt aber in der Gewißheit, so manchem "Gastarbeiterkind" den Weg in eine hellere Zukunft eröffnet zu haben. Das wäre ein schöner Lohn für alle Ihre Mühe.

Unsere "Stammgäste" wissen, daß es zwischen dem Theodor-Heuss-Preis und den –Medaillen keine graduellen Unterschiede, sondern nur – sagen wir – stiftungspolitische Akzente gibt: Unsere Verantwortung für Minderheiten – in diesem Jahr für ausländische Arbeitnehmer – das sollte sozusagen das zentrale Thema dieser Preisverleihung sein.

Über die Leistung von Gruppen aber darf die des einzelnen und sein Engagement nicht zu kurz kommen. Der Zufall – und kein Proporzdenken – hat es gewollt, daß wir in diesem Jahr zwei Frauen mit Theodor-Heuss-Medaillen auszeichnen wollen, die, jede in ihrer Art, die Bedingungen unserer Satzung beispielhaft erfüllen.

2. Frau Thea Gerstenkorn, Gemeinderätin und zweite Bürgermeisterin in Maasen in Niedersachsen, war so erschrocken, als sie erfuhr, daß ihr eine Theodor-Heuss-Medaille zuerkannt wurde, daß sie diese Auszeichnung am liebsten gar nicht angenommen hätte. Sie sei doch nur eine ganz unbedeutende Politikerin, die

gar nichts Besonderes bewirkt habe und deshalb auch keine Auszeichnung verdiene.

Wir aber sehen das anders. Wir sehen die geradezu groteske Diskrepanz zwischen der theoretischen Gleichberechtigungsdiskussion in unserem Land und der tatsächlichen Situation. Wir sehen die schier unüberwindlichen Schwierigkeiten, die besonders jüngere Frauen mit Familie und Kindern zu überwinden haben, wenn sie sich politisch engagieren wollen. Das fängt schon im Wahlkampf an. Die meisten männlichen Kollegen haben gesetzlichen Anspruch auf Urlaub, die Hausfrau muß das gleiche zwischen unabnehmbaren Familienpflichten leisten. Hinzu kommen all die wenig rationalen Hindernisse; die Vorurteile zum Beispiel, die Traditionsgebundenheit u. a., die ihnen von Männern und Frauen bei einer Kandidatur in den Weg gelegt werden. Wir sehen das Handicap, das in ihrer mangelnden Aus- und Vorbildung zur Bewältigung politischer Aufgaben liegt.

Aus allen diesen Gründen haben wir uns das leidige Thema der politischen Gleichberechtigung ganz bewußt vorgenommen und nach einem charakteristischen Beispiel (für Schwierigkeiten, aber auch für ihre erfolgreiche Überwindung) umgeschaut. In Frau Thea Gerstenkorn haben wir es zweifellos gefunden.

Frau Gerstenkorn, Tochter eines Landwirts, im Oldenburgischen geboren, besuchte die Volksschule und leistete eine landwirtschaftliche Lehre ab. 1969 wurde sie Meisterin der ländlichen Hauswirtschaft, heiratete einen Landwirt und ist heute Mutter von drei Kindern. Als erste Frau ihrer 600 Einwohner zählenden Gemeinde zog sie vor zwei Jahren gegen heftigsten Widerstand in den Gemeinderat ein und erhielt schließlich die zweithöchste Stimmzahl. Später wurde sie dann zum zweiten stellvertretenden Bürgermeister gewählt und plagt sich nun mit all den Aufgaben, die eine kleine Gemeinde im Rahmen der größeren Kommunalpolitik des Landes zu leisten hat.

Wer die fast ungebrochen ländlichen Verhältnisse des Lebenskreises unserer Preisträgerin auch nur ein wenig kennt, der steht nicht an festzustellen, daß es zweifellos mehr Zivilcourage bedarf sich in Maasen als Frau um ein politisches Amt zu bewerben und, mehr noch, es unter den viel kritischeren Augen der Gemeindebürger auszuüben, als es heute bereits für eine Frau in der Großstadt der Fall ist, wo ihre Mitarbeit im Stadtparlament im Schutze einer Partei doch bereits im öffentlichen Bewußtsein, wenn auch nicht zu einer Selbstverständlichkeit, so doch zur Gewohnheit geworden ist.

Am Beispiel von Frau Gerstenkorn wollen wir dies herausarbeiten und deutlich machen: Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist zwar in ihren Grundpositionen durch Verfassung und Gesetze garantiert. Dennoch bleibt es keiner Frau erspart, den Weg zur realen Gleichberechtigung aus eigener Kraft und mit eigenem Engagement zu gehen und durch ihre Wirkung davon zu überzeugen. Hierbei zu ermutigen und, wenn nötig, auch Schützenhilfe zu leisten, das ist der Sinn der Zuerkennung einer Theodor-Heuss-Medaille an Frau Thea Gerstenkorn. — kein Stadt- oder Gemeinderat sollte künftig ausschließlich von Männern besetzt sein. Wir wünschen ihr und allen Frauen, die das gleiche wagen, Glück und den Erfolg, den sie verdienen.

3. Kein Zweifel, daß Frau Dorothee Sölle unter allen unseren bisherigen Preisträgern auf den ersten Blick der "fremdeste Vogel" ist. Sie ist Theologin und, wir sagen es ohne Scheu: Sie ist eine sehr politische Theologin. Nun: Politische Theologen gibt es genug — sie sind meist der einen oder der anderen Seite ein Ärgernis — politische Theologinnen aber, das ist etwas so Provozierendes und folgerichtig Umstrittenes, daß wir mit diesem Vorschlag die öffentliche Reaktion beinahe so sehr in Wallung

gebracht haben wie vor Jahren mit der Auszeichnung von Gustav Heinemann.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Wir zeichnen hier nicht die theologische Richtung oder Leistung von Frau Sölle aus — dazu fehlt uns der Sachverstand, vielen von uns auch der Bezug zur Kirche und Theologie.

Was uns aber beeindruckt, ist das persönliche Engagement von Frau Sölle, ihre Aufrichtigkeit, ihre tapfere Konsequenz zwischen Glauben und Sagen einerseits — und Handeln und Eintreten andererseits.

Dorothee Sölle ist eine Frau, die ihren Glauben und ihr Leben so unmittelbar am Evangelium orientiert, daß sie damit, auch ohne wissenschaftliche Qualifikation, Ärgernis erregen würde. Wenn sie schreibt: "Im Glauben setzen wir auf die Befreiung aller. Im Akt des Glaubens sind alle unsere Kräfte, Denken und Fühlen, Arbeiten und Warten auf diese Befreiung konzentriert. Wir erinnern uns der Befreiung, die viel früher erfahren wurde. Wir entwerfen die kommende." — Wenn sie so schreibt, dann mag sie im kirchlichen Raum noch Zustimmung finden. Wenn sie aber auch so handelt, und das tut sie, — dann läßt sie jeden kirchlichen Schutz hinter sich. Dann gehört sie zu dem verhältnismäßig kleinen Häuflein radikaler Demokraten, die den Institutionen unseres Landes zwar das Leben gelegentlich schwer machen — unsere Gesellschaft aber durch ihre Impulse und Initiativen bereichern und beleben.

Deshalb wiederhole ich: Dorothee Sölle wurde im innerkirchlichen Bereich für viele, man darf wohl sagen, zum "enfant terrible", weil sie zahlreiche Tabus der kirchlichen Tradition zum Gegenstand kritischen Nachdenkens gemacht hat. Obwohl die Art und Weise, wie sie sich dabei als Frau behauptet, beeindruckend ist, der Grund zur Auszeichnung mit der Theodor-Heuss-Medaille liegt auf jenem anderen Akzent ihres Wirkens, den

man ihr Bemühen um ein gesellschaftliches Engagement des Christentums nennen kann. Mit diesem Engagement hat sie nicht nur zahlreiche Christen zu politischem Engagement ermutigt, sondern auch – und das scheint uns mindestens ebenso wichtig – viele politisch und gesellschaftlich Engagierte zu einer Auseinandersetzung mit der christlichen Tradition (ohne die unsere Kultur und unser Staat nicht verstehbar sind) veranlaßt. Damit leistet sie einen äußerst wichtigen Beitrag zur Überwindung der Kluft zwischen Glauben und Vernunft. Und dieser Beitrag dient der Gewissensschärfung beider Seiten.

Ihre Konsequenz heißt dabei nicht "klerikale Politik", sondern der Versuch, Politik – und das sind ja die Aufgaben und Probleme, die im Zusammenleben der Menschen zu lösen sind – als "den umfassenden und entscheidenden Raum" zu verstehen, in dem "die christliche Wahrheit zur Praxis werden soll"

Die Privatisierung des Glaubens ist ihrer Ansicht nach nicht im Sinne des Evangeliums. Vielmehr die Solidarität mit den jeweils Unterdrückten, Rechtlosen, Armen und Unglücklichen. Unermüdlich versucht sie, die Christen aus der Haltung des Zuschauers herauszurufen zu einem sinnvollen Mitleiden und Mithandeln in der Gesellschaft.

Nicht jeder von uns kann das nachvollziehen und sich damit identifizieren. Dennoch kamen Vorstand und Kuratorium einhellig überein, Dorothee Sölle eine Theodor-Heuss-Medaille 1974 zuzuerkennen für ihr vorbildliches christliches Engagement in der demokratischen Gesellschaft, das der Ermutigung und Stärkung bedarf.

Damit schließe ich für heute und für das erste Jahrzehnt des Bestehens der Stiftung Theodor-Heuss-Preis den Kreis zwischen Ihnen, verehrte Gäste, die sie die Öffentlichkeit vertreten, un-

seren Preisträgern und uns, die wir uns vorgenommen haben, freie Bürgergesinnung, Zivilcourage und demokratisches Engagement zu ermutigen und zu unterstützen.

Wir wollen weitermachen! Dabei soll unser Preis in Zukunft mehr noch als bisher der Ermutigung der jungen Generation dienen. Sie ist – wir müssen das immer wieder festhalten – in eine Formaldemokratie und in krassen Materialismus hineingewachsen. Wenn wir ihr keine Antwort auf ihre gewiß oft überspitzten Fragen geben, keine Angebote machen, die ihnen aus ihrer ideologischen Verkrampfung heraus helfen, und keine anderen Anforderungen an sie zu stellen wissen, als sich in eben diese Bedingungen einzupassen, dann wird die Chance einer freiheitlichen Ordnung vertan und ihr Ende absehbar sein.

Allgemein gesagt: Radikalismus wird nur dann von einer Randerscheinung jeder freiheitlichen Ordnung zu einer Bedrohung, wenn er auf überwiegend passive, gleichgültig bequeme oder egoistische Bürger stößt. Eine demokratische Mehrheit, die ihre Probleme angeht, bevor sie eine radikale Minderheit dazu zwingt, braucht diese nicht zu fürchten.

Oder am konkreten Beispiel exemplifiziert: Rote Kaderuniversitäten werden nur dann zu einer wirklichen Gefahr, wenn wir ihnen nichts Besseres entgegenzusetzen haben als den mühsam zusammengeflackten Trümmerhaufen der Humboldtschen Universität. Oder: Der Traum von der gleichheitlichen, klassenlosen Gesellschaft kann nur dann zur revolutionären Besessenheit werden, wenn wir ihm nichts anderes entgegenzusetzen haben als unser verzopftes Berechtigungswesen und unser verzunftetes Laufbahnrecht. Alle noch so gut gemeinten Einzelreformen werden vergeblich sein ohne die konsequente Anerkennung und Anwendung der Lebenselemente einer demokratischen Ordnung: Chancengerechtigkeit, Offenheit und Verantwortung.

Hierfür bedürfen wir immer wieder der Aktivlegitimation

durch das verantwortete Engagement der Bürger. "Die äußere Freiheit der Vielen lebt von der inneren Freiheit des einzelnen", dieses Heuss-Zitat ist mehr als ein einprägsames Aperçu: Die beste Verfassung, die beste Regierung mit den besten Absichten kann allein unsere freiheitliche Ordnung nicht sichern und mehren. Dies bedarf einer Mehrheit mündiger Bürger, die, unabhängig von ihrer parteipolitischen Präferenz, bereit sind, Verantwortung für einen Teil des Ganzen mitzutragen.

III Dankesworte

1. **Initiativgruppe zur Betreuung ausländischer Kinder** e. V. München, Irmgard Geiselberger

Für die Verleihung des Theodor-Heuss-Preises an unsere Gruppe, stellvertretend für alle anderen Initiativen zur Hilfe und Betreuung von ausländischen Arbeitnehmern, bedanke ich mich auch im Namen aller Mitarbeiter der Initiativgruppe sehr herzlich.

Wir bewundern die Entscheidung der Theodor-Heuss-Stiftung deshalb, weil sie sich offiziell mit einer Gesellschaftsproblematik identifiziert, die viele aus Popularitätsgründen verschweigen oder verdrängen.

Wir danken insbesondere für den Mut, diesen Preis einer Gruppe zu verleihen, die von weiten Teilen der Gesellschaft als überflüssig oder als Störenfried angesehen wird.

Als überflüssig wird die Gruppe von denjenigen angesehen, die die nach wie vor der Meinung sind, ausländische Arbeitnehmer seien nur kurz in der BRD und das als Arbeitskräfte und nicht als Menschen.

Auf Unverständnis stößt aus diesem Grund eine Gruppe, die sich ausgerechnet für die Kinder dieser ausländischen Arbeitskräfte einsetzt und versucht, diesen zumindest einen Teil der Chancen zu bieten, die deutschen Kindern – allerdings auch hier nach Schichtenzugehörigkeit – in unterschiedlichem Ausmaß haben.

Ein unbequemer Störenfried ist die Gruppe deshalb, weil ihre Arbeit nicht bei der außerschulischen Betreuung der Kinder stehenbleiben kann. Die marginale soziale Situation der ausländischen Arbeitnehmer wird an ihren Kindern besonders deutlich – denken Sie nur an die rechtliche Unsicherheit und die miserablen Wohnungsverhältnisse.

Die Betreuungsarbeit muß deshalb auf die Situation der Eltern bzw. der ausländischen Arbeitnehmer generell Bezug nehmen, sie muß darauf antworten.

Das ist genau der Punkt, an dem die zunächst rein caritative Betreuungsarbeit politisch wird. Hier wird parteiliches Eingreifen zugunsten der Kinder und deren Eltern notwendig, hier muß gesellschaftspolitisch Stellung bezogen werden und hier müssen Änderungen angestrebt werden.

Das gilt u. a. für

- das Ausländerrecht, das für die Ausländer eine erhebliche Rechtsunsicherheit beinhaltet und ihnen jegliche, für unseren Staat konstitutive politische Betätigung untersagt,
- die Wohnsituation, die für die ausländischen Arbeitnehmer

noch schlechter ist als für einkommensschwachen Schichten der deutschen Bevölkerung,

- und die Bildungschancen, die noch immer unzureichend sind und sich in vielen Fällen auf papierne Erlasse beschränken,

Aber gerade dadurch wird eine Initiativgruppe wie die unsere unbequem, daß sie sich als Interessenvertreter der ausländischen Kinder versteht, sich also nachdrücklich für eine Verbesserung der sozialen Situation dieser Kinder und ihrer Eltern einsetzt und nicht bei der zweifellos auch notwendigen Symptombekämpfung stehenbleibt.

Sie wird unbequem für Behörden, weil sie auf Mißstände hinweist und nach Abhilfe sucht. Sie wird aber auch unbequem für die Öffentlichkeit, wenn sie im Zuge ihrer Aufklärungsarbeit die Situation der ausländischen Kinder und ihrer Eltern darstellt und versucht, Vorurteilshaltungen gegenüber ausländischen Kindern und ihrer Eltern abzubauen.

Wir erleben täglich, wie viele Leute ihre persönliche Abneigung gegen das Ausländerproblem hinter Institutionen verstecken und uns auf diese Weise zu lähmen versuchen.

Die Verleihung des Theodor-Heuss-Preises ist für uns eine Bestärkung in einer Situation, wo wir das Empfinden hatten, daß noch so große Anstrengungen, daß Zivilcourage, daß Bürgerinitiativen, viele Verantwortliche in Staat und Gesellschaft mehr erschrecken als erfreuen.

Die Auszeichnung unserer Gruppe dürfte erheblich dazu beitragen, uns und allen mit diesem Problem befaßten Gruppen, die Arbeit zu erleichtern. Vielleicht wird dadurch die Bereitschaft wachsen, sich mit den Gruppen auseinanderzusetzen und sie wirkungsvoll zu fördern.

Tatsächlich käme der Wert eines demokratischen Staates dann zu tragen, wenn sich alle Institutionen des Staates und der Gesellschaft für Minderheiten verantwortlich fühlten.

2. Initiativkreis ausländischer Mitbürger, Augsburg **Gertrud Scharr**

Tucholsky sagte, der Fremde in Europa ist rechtlos. Sind die ausländischen Arbeitnehmer rechtlos? Nein, aber was ist das für ein Recht, das unverstänglich ist, das der Ausländer nicht wahrnehmen kann, weil er seine Form und Sprache nicht versteht? Was ist das für ein Recht, das selbstverständliche Bürgerrechte vorenthält? Was ist das für ein Recht, das dem Ausländer die Aufenthaltsgenehmigung jederzeit entziehen kann? Was ist das für eine Gesellschaft, die den Ausländer nicht als Mitbürger akzeptieren will?

Ich möchte nochmal Tucholsky zitieren: Maßgebend für eine Kultur ist nicht ihre Spitzenleistung, maßgebend ist die unterste, die letzte Stufe, jene, die dort gerade noch möglich ist. Es ist uns klargeworden, daß hier eine unerledigte Aufgabe unserer Gesellschaft vorliegt.

Am Beginn des Augsburger Initiativkreises stand ein politischer Gottesdienst der katholischen Jugend zur Woche der Brüderlichkeit im März 1970. Dabei stützte man sich vor allem auf die politischen Nachtgebete von Frau Dr. Dorothee Sölle. Die jungen Leute – Schüler, Studenten – identifizierten sich mit den Problemen von Minderheiten unserer Gesellschaft. Betten bedeutete dabei, sich als Mitschuldige identifizieren an den Zuständen, unter denen Menschen, die zu diesen Minderheiten zählen, in unserem Lande leben müssen.

Mitschuldig werden an dem Mangel an weltverändernder Liebe.

Zum Tag des ausländischen Mitbürgers im Dezember 1970, zu dem die deutschen Bischöfe aufgefordert hatten, konnte der Initiativkreis vom Bischof von Augsburg an alle Pfarreien in der Diözese ausgearbeitete Predigten und Gottesdienstunterlagen verschicken, und durch Verteilen von 60000 Flugblättern

wurden in Augsburg weitere 30 Mitarbeiter gefunden. Nach einer ungefähren Situationsanalyse in unserer Stadt war es uns klar, daß besonders die Kinder der ausländischen Arbeitnehmer einer sofortigen Hilfe bedürfen. Angeregt durch die Kampagne von Frau Dr. Hamm-Brücher zum internationalen Jahr der Erziehung, entschlossen wir uns, als erste gezielte Arbeit die Hausaufgabenhilfe für diese Kinder zu übernehmen. Durch Einzelhilfen und bei Hausbesuchen der unter unserer Obhut stehenden Kinder erlebten wir einen Einblick in die zum Teil katastrophalen Wohnungs- und Lebensverhältnisse unserer ausländischen Arbeitnehmer.

In dem Bewußtsein, daß Einzelhilfe nötig ist, die aber an der Wurzel der Situation nichts ändert, entschlossen wir uns zur Gründung eines e. V., der sich zur Hauptaufgabe gestellt hat, Initiativen zu geben. Eines der größten Probleme, mit denen wir zu kämpfen haben, ist der Abbau von Vorurteilen, sowohl auf deutscher als auch auf ausländischer Seite. Dies bedeutet aber auch, Kritik zu üben an bestehenden Verhältnissen. Daß diese Kritik nicht immer auf Gegenliebe stößt, ist eine Erfahrung, die wir oft haben machen müssen.

Diese genannten Aufgaben übersteigen die Kraft des einzelnen, auch die unseres Kreises. Wir wollen anregen, diese Probleme aufzugreifen und zu lösen. Wir wollen den Gesetzgeber anregen, einen besseren Schutz für die Ausländer zu schaffen, denn ohne diese Maßnahmen bleibt jede Tätigkeit, auch die unsere, wie das Ausschöpfen eines schmutzigen Stromes, der sich immer wieder füllt. Dies wollten wir in die Öffentlichkeit tragen.

Völlig überraschend kam für uns die Nachricht, daß wir durch die Verleihung des Theodor-Heuss-Preises Anerkennung für unsere Arbeit, die zweifellos in einigen bescheidenen Anfängen steckt, gefunden haben. Wir möchten tiefen Dank sagen und

die große Freude der Verleihung des Preises all derer zum Ausdruck bringen, die in Spielgruppen mit ausländischen Kindern oder im Initiativkreis ausländischer Mitbürger e. V., Augsburg, arbeiten. Wir danken Frau Dr. Hamm-Brücher und den Kuratoriumsmitgliedern, daß sie den Mut hatten, in diesem Jahr zur Preisverleihung zwei Gruppen auszuwählen, die sich mit den Problemen der ausländischen Arbeitnehmer sowie deren Familien und Kinder beschäftigen und an deren Eingliederung in unsere Gesellschaft arbeiten.

3. Dorothee Sölle

Ich möchte mich für die mir zugedachte Ehre sehr herzlich bedanken. Sie bedeutet wirklich eine große Ermutigung für mich, und zwar angesichts der Tatsache, daß ich in der letzten Zeit in einem sich offenbar ständig verschlechternden Demokratie-klima nichts als Schwierigkeiten und Niederlagen erfahren habe. Ich möchte Ihnen dafür zwei Beispiele nennen: Ich habe versucht, für einige junge Leute, die wegen einer Vietnamdemonstration vor Gericht standen, als Zeuge über das, was in Vietnam geschehen ist, auszusagen. Aber der Herr Richter befand, das gehöre nicht zum Prozeßgegenstand, und schnitt mir das Wort ab. Ich habe außerdem versucht, einen Untersuchungshäftling zu besuchen, aber der Herr Bundesanwalt befand, daß mein Besuch bei Ulrike Meinhof möglicherweise den Untersuchungszweck gefährden könne. Ich hatte mich zur Begründung meines Antrages auf Besucherlaubnis auf die christliche Tradition berufen, zu deren ältesten Selbstverständlichkeiten es gehört, Ge-

fangene zu besuchen. Es ist dies eines der 7 Werke der Barmherzigkeit, so selbstverständlich wie Nackte kleiden, Tote beerdigen oder Hungrige speisen. Offenbar leben wir in einem Land, in dem die Werke der Barmherzigkeit von staatlichen Stellen verboten werden.

Ich möchte Ihnen von der Theodor-Heuss-Stiftung danken, daß Sie diesen Tendenzen, die die Barmherzigkeit zerstören, die die Brüderlichkeit unmöglich machen, die die Gleichheit immer noch nicht hergestellt haben und die die Freiheit auf diese Weise in der Tat veruntreuen, entgegentreten. Hätte ich mein Verhältnis zu dieser Gesellschaft, noch einmal Tucholsky zitierend, beschreiben sollen, dann möchte ich sagen, ein großes Nein gegen die Unbrüderlichkeit, gegen die Ungleichheit und gegen die daraus folgenden Formen der Unfreiheit – und ein kleines Ja. Ich möchte Ihnen danken, weil Sie meine Möglichkeit für das kleine Ja ein bißchen vergrößert haben.

IV Festansprache

Bundeskanzler Willy Brandt: Perspektiven der Neuen Mitte

Lassen Sie mich zunächst den beiden Gruppen gratulieren, denen in diesem Jahr die Ehre zufiel, mit dem Theodor-Heuss-Preis ausgezeichnet zu werden: Die Mitarbeiter beider Kreise haben sich eine Aufgabe gestellt, an der nicht zuletzt die Qualität unserer Gesellschaft zu messen ist. In tätiger täglicher Sorge haben sie die Sache einer Minderheit zu der Ihren gemacht.

Sie folgt damit der Einsicht, daß der Schutz von Minoritäten die Nagelprobe der Demokratie ist – die Toleranzprobe für ein Volk. Durch ihre Arbeit helfen die ausgezeichneten und die ihnen verwandten Gruppen, unsere Gesellschaft vor den Gefahren zu bewahren, denen sie sich selbst aussetzte, wenn sie es duldet, daß in ihrer Mitte Menschen fremder Herkunft und anderer Sprache zur Zweitklassigkeit verurteilt wären. Wir könnten dies weder vor uns selbst, noch vor der Welt verantworten. Das gilt besonders für die Kinder der ausländischen Mitbürger, die in einem schwierigen Spannungsfeld verschiedener Sprachen, unterschiedlicher Kulturen und voneinander abweichender sozialer Erfahrungen nicht das Schicksal von Abgesonderten erleiden dürfen. Was die beiden herausgehobenen Bürgerinitiativen – die von München und die von Augsburg – leisten, sollte vielen anderen ein Beispiel sein.

Den Mut zur Minderheit vertreten auch die beiden Damen, denen die Theodor-Heuss-Medaille verliehen wurde: die Theologin Dorothee Sölle und Thea Gerstenkorn, die Meisterbäuerin, Hausfrau und stellvertretende Bürgermeisterin. Beide fordern durch ihr Engagement von ihren Mitbürgern ein Verhalten, das ich aktivierte Toleranz nennen möchte; auch sie hat mit der Qualität unserer Demokratie wesentlich zu tun.

Als Frau Hamm-Brücher mich fragen ließ, worüber ich hier heute sprechen möchte, habe ich – mancher mag meinen, leichtsinnig – geantwortet, ich wolle gern meine Meinung zu den Perspektiven der Neuen Mitte äußern. Im zweiten Regierungsprogramm der sozial-liberalen Koalition (vom Januar 1973) sprach ich von einem gewandelten Bürgertypus. Und ich fügte hinzu, dieser gewandelte Bürgertypus wolle seine Freiheit auch im Geflecht der sozialen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten behaupten.

Nun, hier scheinen zwei Begriffe aufeinanderzuprallen, die überständige Weltanschauungen und ausgeleierte Ideologien noch immer als unversöhnliche Gegensätze begreifen wollen. Die Wahrheit – wie ich sie zu sehen vermag – ist anders, und sie läßt sich durch keine Augenwischerei verdrängen: Wir leben in einer Welt der Abhängigkeiten; solche Abhängigkeiten nehmen noch zu und werden gewiß nicht beseitigt, wenn man ihnen ein paar Schaumkronen nur deklamatorischer Freiheitlichkeit aufsetzt.

Die Freiheit, die wir meinen – um die sich maßgebende Kräfte aller demokratischen Parteien bemühen, die aber vor allem der Wesensinhalt des sozial-liberalen Bündnisses ist – kann für die große Mehrheit unserer Bürger nur eine reale und dauerhafte Erfahrung werden, wenn wir bestehende Interdependenzen als gegenseitige Verantwortung und wenn wir die sozialen Bindungen, in die wir gestellt sind, als Pflicht zur Gerechtigkeit verstehen.

Demokratie, so unvollkommen sie sein mag, ist die einzige Lebensform, in der nach meiner Einsicht der Wille zu einer gerechten sozialen Ordnung ohne Beschädigung der Menschenwürde in die Wirklichkeit übersetzt werden kann. Wir lassen uns darum nicht von einer Mode gewordenen, neo-konservativen Philosophie beirren, die den gefährlichen Irrtum verbreitet, die Expansion der Demokratie in der Gesellschaft müsse zwangsläufig den Raum der individuellen Freiheit verengen.

Wer dies für unabwendbar hält, kann zur Freiheit wohl nur ein tief pessimistisches Grundverhältnis haben. Er gerät dann leicht in Gefahr – wenn er ihr nicht schon erlegen ist – sie für den Privilegien-Spielraum der Wenigen zu halten, aber nicht für ein Recht der Vielen, nämlich der vielen einzelnen Bürger.

Der eine und andere mag dann versuchen, das Wort "liberal" mit verbalen Kraftakten zu beschlagnahmen. Er mag auch den Anspruch "sozial" besetzen – gewissermaßen in der ersten Klasse. Doch wenn wir die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nach dem Grundgesetz ausmessen – in diesem 25. Jubiläumsjahr unserer Verfassung haben wir dazu guten Anlaß –, dann wird sehr rasch deutlich, was es mit dem Auftrag zur Liberalität in der sozialen Verantwortlichkeit auf sich hat und wer diesen Auftrag als Weisung deutscher Politik erkannte.

Wir nehmen die Liberalität, die sich aus dem Grundgesetz herleitet, ernst und verstehen sie vital, nicht museal – expansiv, nicht restriktiv. Wir wissen, daß sich die Liberalität der Gesellschaft vor allem auch an jener sozialen Gerechtigkeit erweisen muß, die der Existenz der Bürger ein sicheres Fundament gibt. Liberalität in diesem Sinne ist eines der ursprünglichen Anliegen meiner Partei. Aus dieser Sicht und Überzeugung gibt es jedenfalls nichts, das moderne Sozialdemokraten und die Erben des deutschen Liberalismus davon abhalten könnte, auch über den Tag hinaus gemeinsam zu handeln.

Die Begründung des freiheitlichen Rechtsstaates in einer späten Anerkennung der Grundwerte von 1848 mag man als eigentlichen Beginn einer Liberalisierung der Gesellschaft betrachten. Ihre revolutionär zu nennende Befreiung vollzog sich, von Katastrophen und reaktionär verkrampften Vorurteilen aufgehalten, im Ringen um soziale Rechte, die man im vorigen Jahrhundert, ja noch vor wenigen Jahrzehnten, als staatsfeindliches und bürgerfeindliches Teufelswerk aus der Schreckenskammer des Sozialismus fürchten und zu bekämpfen müssen glaubte.

Verbot der Kinderarbeit: Seinerzeit hieß es, ihre Abschaffung werde den Ertrag der Wirtschaft schmälern und die Freiheit des Wirtschaftens gefährden. Heute würde – bei uns, in unserem Teil der Welt – wohl niemand mehr so argumentieren wollen.

Achtstundentag: Seinerzeit Utopie, heute für viele Wirklichkeit.

Koalitionsfreiheit und Eigenverantwortung der Sozialpartner: Beides gehört heute zur unantastbaren Substanz der Rechtsstaatlichkeit. Und ich sage dies mit besonderer Entschiedenheit, gerade weil wir uns in diesen Tagen an der Tariffront in schwierigen Auseinandersetzungen befinden.

Die Sozialversicherung: vor hundert Jahren, eine Grundforderung von Sozialdemokraten und fortschrittlichen Liberalen, die Bismarck mit dem mißverstandenen Etikett "Staatssozialismus" versehen wollte – heute der Kern eines ganzen Systems humaner Sicherungen, die für viele mehr Freiheit bedeuten.

Eine sozial verpflichtete Liberalität hätte sehr viel früher das Leben unseres Volkes prägen können, hätten sich die deutsche Arbeiterbewegung, der deutsche Liberalismus und die Menschen im Dienst der erneuerten christlichen Soziallehren einander nicht so lange und so oft tragisch verfehlt.

Das Revolutionsjahr 1848 hatte auch unserem Volk den großen Aufbruch versprochen, der den Idealen der Freiheit, der

staatsbürgerlichen Gleichheit und der Brüderlichkeit (oder wie viele von uns heute sagen: der Solidarität) in Deutschland eine Heimat geben sollte. Die Law-and-Order-Disziplin der Heiligen Allianz zwang nach jenem stürmischen politischen Frühling das Bürgertum wieder in einen faulen Kompromiß mit den herrschenden Mächten. Der demokratische Wille kapitulierte auf Raten.

August Bebel hat die enge Beziehung zwischen vorwärtsdrängenden Liberalen und den aufstrebenden Kräften der Arbeiterschaft auf eine Weise beschrieben, die heute noch interessiert. Liberale Demokraten, vielfach zur Selbstentmündigung verleitet, fiel es bekanntlich nicht leicht, die soziale Verpflichtung des Bürgergeistes zu erkennen. Einer der bedeutendsten unter den Männern mit sozialem Weitblick war Friedrich Naumann, dessen Lebensbild Theodor Heuss eindrucksvoll nachgezeichnet hat, ohne seine Verengung im Nationalen zu verschweigen. Er gehört ohne Zweifel mit Bebel in eine Art Ahnenreihe des Werkes, das liberale und soziale Demokraten zusammenführt; ich habe die beiden mehr als einmal zusammen genannt.

Wer bei Heuss nachliest (Naumann-Biographie, S. 196), findet dort übrigens, daß Friedrich Naumann schon von einer "Demokratisierung der Betriebe" und von einem "Fabrik-Parlamentarismus" gesprochen hat. Ja, er scheute sich nicht zu formulieren: Sozialismus sei derselbe oder ein ähnlicher Vorgang im Kapitalismus wie Liberalismus im Staat. Oder: Kapitalismus sei die aristokratische Auffassung des Wirtschaftslebens, deren demokratische Auffassung man Sozialismus nennen könne.

Man mag dies als Fußnoten der Geschichte betrachten. Ich will aus diesen Formulierungen auch nicht zu viel Honig saugen. Ich wende mich, wie ich es in mehr als einem Wahlkampf getan habe, gegen die Diskreditierung des demokratischen Sozialismus. Doch ist es mir wichtig, Gemeinsames zu sehen, wo es Wirklichkeit war und ist.

So will ich – ohne ein Mißverständnis zu fürchten – auch hier noch einmal sagen, wie wenig wir die Kräfte unterbewerten dürfen, die sich im Kaiserreich dem Kulturkampf stellten. Im Umkreis von Männern wie Bischof Ketteler von Mainz regte sich, auf die gewandelte christliche Sozialethik gestützt, eine politische Kraft, die mit der Sozialdemokratie und dem liberalen Fortschritt das Deutsche Reich als freiheitlichen Staat hätte formen können. Dort, wo dieses Erbe lebendig blieb, hat der deutsche Katholizismus immer wieder seine Fähigkeit zum sozialen Fortschritt bewiesen – und so der deutsche Protestantismus, wo er aus der sozialetischen Verpflichtung der reformatorischen Lehre eine neue Verantwortlichkeit für die Aufgaben unseres Jahrhunderts gewann.

Bei der Begründung der Weimarer Republik standen Sozialdemokraten und Liberale und Männer des Zentrums zusammen. Gemeinsam bildeten sie die ersten demokratischen Regierungen. Wäre sie stärker gewesen, diese Gruppierung hätte der deutschen und europäischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte einen besseren Verlauf geben können – vor allem, wenn das sogenannte Bildungsbürgertum jene "verächtliche Haltung der deutschen Intellektuellen gegenüber der Realität" überwunden hätte, von der Thomas Mann gesprochen hat.

Die ersten Legislaturperioden in der Bundesrepublik Deutschland sind durch Mehrheitsbildungen rechts von der Mitte gekennzeichnet gewesen. Inzwischen formte sich, was ich 1972 die "Neue Mitte" der deutschen Politik genannt habe. Dieser Begriff beschreibt nicht den Standort einer Partei, sondern den Standort eines Regierungsbündnisses und seine mögliche geschichtliche Funktion.

Die neue Mitte ist auch kein taktisches Mittel, sondern sie beschreibt die Substanz eines Bündnisses in dem sich eine veränderte politische und soziale Wirklichkeit ausdrücken sollte.

Sie kann die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland über einen langen Zeitraum hinweg bestimmen, wenn sich die Kräfte, von denen sie getragen wird, von dieser Realität nicht entfernen.

Ich denke, niemand hier verkennt die Rolle, die ich meiner Partei zuschreibe. Sie ist in meinem Verständnis in der politischen Geographie die große "linke Volkspartei", die nach Möglichkeit jene Strömungen der sozialen Demokratie, des demokratischen Sozialismus, in sich verarbeiten muß, die in anderen Ländern nicht nur aufgefächert, sondern aufgespalten in Erscheinung treten. Bindendes Element ist die Überzeugung, daß soziale Fortschritte und Veränderungen nur in Freiheit und in strikter Treue zum demokratischen Rechtsstaat vollzogen werden können. Wer dagegen angeht, hat in der deutschen Sozialdemokratie nichts zu suchen. Gleichzeitig will ich meinen freidemokratischen Freunden in allem Freimut sagen, daß ich ihnen die politische Mitte nicht allein überlassen kann. Wir werden uns in ehrlichem Wettbewerb jeder auf seine Weise um sie zu bemühen haben.

Die Neue Mitte hat – nicht in meinem Verständnis allein – den Auftrag, den freiheitlichen Rechts- und Sozialstaat weiter auszuformen. Sie baut neue Sozialrechte auf die überkommenen Grundrechte.

Wichtiges Ziel der Neuen Mitte muß es sein, mehr Freiheit und Gerechtigkeit für bisher benachteiligte und zurückgesetzte Bürger zu schaffen. Die ausgebaute Sozialordnung, die wir anstreben, will ein Höchstmaß an individueller Freiheit für alle – und das heißt: nicht zum Schaden anderer. Zwischen Sozialstaat und freiheitlichem Rechtsstaat besteht kein Gegensatz; sie müssen sich ergänzen.

Wir wollen Mitverantwortung und Mitbestimmung der Bürger in allen Lebensbereichen stärken: Unsere Bonner Koalition hat

für diese zentrale Aufgabe der Reform eine Antwort gefunden, die unsere soziale Wirklichkeit weit in die Zukunft prägen wird. Hier — im Reformwerk der Mitbestimmung und der Vermögensbeteiligung — machen wir deutlich: Demokratie kann nicht nur ein Strukturprinzip des Staates sein. Sie muß sinngemäß auch in der Gesellschaft praktiziert werden. Wenn das vernünftig geschieht, besteht für mich kein Zweifel daran, daß Mitbestimmung und Mitverantwortung mehr Freiheit schaffen. Ich sage mit gleicher Bestimmtheit, daß sie nicht im Gegensatz stehen zu den Freiheitsrechten des einzelnen und daß zur Demokratie selbstverständlich der Schutz von Minderheiten gehört.

Für die Neue Mitte sind Toleranz und geistige Freiheit — also Liberalität — unerläßliche Vorbedingung der sozialen Freiheit. Diese doppelt und dreifach motivierte Freiheit dürfen wir weder durch die Macht des Staates oder die Macht der Wirtschaft noch durch die Macht von Gruppen oder Verbänden aushöhlen lassen. Geistige Freiheit gehört allen.

Der freiheitliche, soziale und demokratische Auftrag hat sich noch lange nicht erfüllt. Wir haben die Freiheit des einzelnen nicht nur dort zu sichern, wo sie schon Wirklichkeit sein kann — wir müssen sie für viele einzelne in Wahrheit erst schaffen. Zur realen Freiheit gehört eben immer auch Freiheit von vermeidbarer materieller Existenzangst. Der Mehrheit unserer Bürger öffnet erst der moderne demokratische Staat — durch Planung und Gestaltung der sozialen Ordnung — die Chance für eine freie individuelle Existenz.

Die Väter unseres Grundgesetzes haben über einen "Nachtwächterstaat" hinausgedacht. Sie berieten unter dem Schatten der Tyrannei, die sich des Staates bemächtigt und ihn schrecklich mißbraucht hatte. Aber die meisten von ihnen wußten auch: Ein Minimum an Staat bedeutet noch keineswegs ein Maximum an Freiheit.

Der Staat darf keiner unkontrollierbaren Herrschaft von Bürokraten oder Managern ausgeliefert sein; er ist mehr als die Summe von Gruppen und ihrer Interessen. Er darf auch keinem unartikulierten Drang nach Gleichmacherei überlassen werden; ein nüchtern artikuliertes Programm sozialer Gerechtigkeit wird die schöpferische Fülle menschlicher Individualität nicht einebnen, sondern freisetzen:

Für die deutschen Sozialdemokraten war der Mensch niemals "Sache" oder "Objekt"; er interessiert uns in seiner Individualität. Ich sage nicht, daß diese Abgrenzung allein einer Partei zuzuordnen sei. Nein: Im Kampf gegen die Obrigkeit, im Kampf gegen partikulare Interessen, im Kampf gegen das erdrückende Gewicht wirtschaftlicher Übermacht bemühten sich Sozialdemokraten und sozial gesinnte Liberale um die Menschlichkeit des Menschen. Anders: Um die geduldige Verwirklichung der Menschenrechte im Dickicht der Abhängigkeiten und der Sorgen um die Sicherheit der materiellen Existenz.

Wir können in diesem Kampf heute das Feld nicht vor wirtschaftlichen Großorganisationen räumen, die nach ihrer eigenen Gesetzmäßigkeit administrative und bürokratische Macht sammeln, vor der jeder einzelne rasch verloren ist. Einer möglichen Vergesellschaftung des Menschen werden wir die Tür nicht öffnen.

Gerade hier gilt es, in den Gewerkschaften Partner zu erkennen, ohne die der demokratische Wille kaum lebensfähig wäre. Man mag sich wundern, daß ich dies heute sage — es ist wohlüberlegt: Wenn ich mir manche Stimmen anhöre und Kommentare anschau, dann sehe ich die Gefahr einer gewerkschaftsfeindlichen Welle. Einige Vertrauensleute sollten sich fragen, ob sie nicht einige Monate an der sich rasch wandelnden Wirklichkeit vorbeigedacht haben. Aber niemand darf ihnen übelnehmen, daß sie für ihre Mitglieder möglichst viel herausholen

wollen. Nur darf man sich auch nicht wundern, daß wir als Bundesregierung deutlich sagen, wo in einer gegebenen Situation unserer Meinung nach die Grenzen sind, die wir nicht überschreiten können.

Davon abgesehen: Unser Widerstand gegen unkontrollierte Macht sammelt sich in der Kraft zum menschlichen Staat, der aus der Gemeinschaft der Bürger immer wieder neu geschaffen werden muß. Er ist ohne Spontaneität und ohne Toleranz nicht denkbar: Der gewandelte Bürgergeist, von dem ich sprach, läßt sich nicht bloß "verwalten" — er will gestalten; er will über das bestimmen, was verwaltet werden muß. Er macht sich nicht zum Sklaven, sondern zum Herren seines sozialen Schicksals.

Diese Art freiheitlichen Denkens stammt aus starken geschichtlichen Wurzeln. Diese Liberalität widerspricht einem wertfreien und im eigentlichen Begriff des Wortes geistlosen Spiel mit den Chancen bloßer Taktik. Sie widerspricht ebenso jeder totalitär ideologischen Erstarrung, die den Geist erstickt. Sie ist in einem ursprünglichen und unverbrauchten Sinn des Wortes radikal; und wenn ich dies sage, denke ich respektvoll an Karl Hermann Flach, den nicht nur seine engeren politischen Freunde schmerzhaft vermissen.

Bindungsloser Egoismus hat vor wohlverstandener Liberalität keinen Bestand. Diese ist im höchsten Maße verbindlich. Sie will Freiheit in den uns gegebenen und von uns bejahten Bindungen schaffen. Sie will Freiheit durch Gerechtigkeit mehren. Sie will, daß sich Toleranz in der Pflicht für den Nächsten bewährt. Sie will die Menschlichkeit des Menschen in der sich ausdehnenden Demokratie behaupten. Sie will das soziale Schicksal durch den Dienst für die Aufgaben der Gemeinschaft gestalten, statt sich ihm zu unterwerfen. Freiheit, die dem Menschen dienen wird, muß auch soziale Freiheit sein.

Darf ich hier eine Bemerkung einfügen, meine Damen und

Herren, die an das anknüpft, was hier Frau Dr. Hamm-Brücher namens des Vorstandes und des Kuratoriums der Stiftung über Alexander Solschenizyn gesagt hat. Wir sind, da kann es doch wohl keinen Zweifel geben, für die Freiheit der Meinungsäußerung und die Freiheit des Künstlers, sich mit den ihm gemäßen Mitteln zu äußern. Solschenizyn würde bei uns in der Bundesrepublik Deutschland frei leben und unbehindert arbeiten können. Hierauf hinzuweisen bedeutet natürlich keine Einmischung. Man weiß, daß wir auf gute Beziehungen zur Sowjetunion Wert legen. Die Unterschiede dessen, was man Ideologie und System nennt, bestehen fort. Bei uns im Westen können viele nicht die Schwierigkeiten verstehen, denen ein weltbekannter Schriftsteller in seinem eigenen Land begegnet. Dort — so fürchte ich — scheinen manche Behörden nicht zu erkennen, wie gut es dem internationalen Ansehen ihres Staates bekommen wäre, wenn sie eine schonungslose Beschreibung der Auswüchse staatlicher Macht akzeptiert hätten.

Auch noch dies in aller Offenheit und mit allem Nachdruck: Ich rechte nicht mit solchen, die uns den guten Willen abstreiten. Ich halte mich auch nicht bei denen auf, die unsere zähe Kraft zur Reform ignorieren. Oder bei denen, die aus Gruppen- oder Parteiegoismus nicht einräumen wollen, daß es bei uns in der Bundesrepublik Deutschland nicht schlechter, sondern besser geht, als in den vergleichbaren Nachbarstaaten. Was mir in diesem Augenblick wirkliche Sorge bereitet, ist die nicht nur gelbentlich anzutreffende Neigung zum Selbstmitleid und zur groben Unsachlichkeit.

Damit kommen wir nicht voran. Menschlichkeit und Gerechtigkeit gehen vor die Hunde, wenn die Vernunft auf Urlaub geschickt wird. Und da wir alle das staatliche Ganze bilden, wissen gute Demokraten, daß man dem Staat zu geben hat, was vernünftigerweise des Staates ist.

V Schlußwort

Prof. Georg Picht

Da es sich so ergeben hat, daß mein Name zufällig am Beginn der Liste steht, bin ich von Frau Dr. Hamm-Brücher gebeten worden, wie es die Zeremonie vorsieht, ein Schlußwort zu sprechen. Es wird kurz sein. Offenbar sind wir heute früh hier zusammengekommen, um darüber nachzudenken, was das Wort "Demokratie" heute und hier in diesem Staat eigentlich bedeutet. Es scheint, daß es dem Kuratorium und Vorstand des Heuss-Preises in diesen zehn Jahren gelungen ist, das, was wir unter Demokratie verstehen, zu artikulieren. Der Heuss-Preis hat dazu beigetragen, daß der Begriff der Demokratie in diesem Staat deutliche Konturen gewonnen hat. Was gilt hier als "demokratisch"?

Als erstes möchte ich hervorheben, daß es gelungen ist zu vermeiden, daß der Heuss-Preis zu einem Honoratiorenpreis wurde. Jeder, der hier ausgezeichnet wurde, seien es Gruppen oder einzelne — jeder weiß, daß der Ausgezeichnete keine andere Funktion hat, als stellvertretend für die vielen Tausende von Menschen dazustehen, die quer durch alle Parteien in den Gemeinden und in den Betrieben, in den Organisationen, in den Behörden, in den Schulen und immer noch — trotz allem — in den Universitäten versuchen, nicht nur als Nutznießer von den Vorteilen eines demokratischen Staates zu profitieren, sondern Demokratie zu praktizieren. Die Preisträger sind nichts als Stellvertreter; sie sollen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit dar-

auf richten, daß es in allen Schichten und Lebensbereichen unseres Volkes viele Tausende von Demokraten gibt. Das ist eine sehr viel höhere Ehre, als wenn die Auszeichnung einem selber zugehört wäre. Diese Stunde gilt also den ungenannten Demokraten in unserem Lande.

Nun wird die Sache aber schwierig. Wenn ich mir nämlich das Demokratieverständnis, das sich in der Liste der Heuss-Preisträger ausspricht, genauer betrachte, so fällt auf, wie groß die Zahl derer ist, die als Einzelgänger, als Außenseiter, als Nonkonformisten gehandelt haben, die also das, was Demokratie sein soll, als Störenfriede und durch das Ärgernis bezeugt haben, das sie erregten. Gleichzeitig fällt auf — und das ist mir eine besondere Freude — wie groß die Zahl der Preise ist, die an Menschen und Gruppen verliehen wurden, die solchen helfen wollten, die gerade in dieser unserer Demokratie, so wie sie faktisch ist, unter die Räder zu kommen drohen oder sich schon unter den Rädern befinden — von den Gastarbeiterkindern bis hin zu den Opfern des Bildungsnotstandes. Offenbar ist die Meinung also nicht, daß die Menschen, die in unserem Staat Demokratie wirklich praktizieren, sich in einem unproblematischen Einklang mit jener Staatsordnung befinden könnten, die durch das Grundgesetz garantiert ist. Für solche Außenseiter und Nonkonformisten ist es gar keine einfache Situation, sich plötzlich in die "Neue Mitte" und in eine Feierstunde unseres Establishments versetzt zu finden. Das ist wirklich nicht einfach.

Das Problem der Demokratie in unserem Staat ergibt sich also aus der Differenz zwischen dem kleinen "Ja" von Frau Dorothee Söle und dem sehr großen "Ja" des Herrn Bundeskanzlers. In diesem äußerst kritischen Zwischenraum spielt sich das ab, was heute hier geschieht. Nachdem wir gehört haben, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat — ich stimme dem ohne Einschränkung zu, — kann ich nicht umhin, an jene Rede zurückzudenken, die

Ludwig Raiser hier im Jahre 1964 über "den rechten Gebrauch der Freiheit" gehalten hat. Er hat dort über ein Grundproblem unserer Verfassung gesprochen, das mit der Differenz zwischen den beiden "Ja" etwas zu tun hat. Mit dem nüchternen Blick des Juristen hat er vor zehn Jahren in einer Kritik am Grundgesetz festgestellt, das Grundproblem dieser Verfassung sei die ungelöst gebliebene Spannung zwischen dem Freiheitspostulat und dem Sozialstaatspostulat. Daraus ergäbe sich eine bis heute nicht behobene Verlegenheit gegenüber den geistigen und sittlichen Fundamenten unseres politischen Gemeinwesens. Eine bis heute nicht behobene Verlegenheit! Aus ihr ergibt sich für die Demokraten, die Demokratie ernst nehmen wollen, daß ein, wenn Sie wollen, problematisches — ein, wenn nicht skeptisches, doch sehr wohl kritisches Verhältnis zu diesem Staat unter die Existenzbedingungen eben dieses Staates gehört. Dieser Staat wird nur so lange demokratisch sein können, als es ein kritisches Bewußtsein davon gibt, was alles in dieser Demokratie, die praktiziert werden müßte, nicht praktiziert wird. Ich verstehe deshalb den Heuss-Preis, wenn ich ihn unter der für mich wichtigsten Perspektive betrachte, als einen Preis für das konkret praktizierte kritische Bewußtsein. Kritisches Bewußtsein ist die erste Vorbedingung der Demokratie. Ich hoffe, daß Vorstand und Kuratorium des Heuss-Preises eine Tradition fortsetzen, die dies sichtbar macht.

VI Texte der Verleihungsurkunden

Der THEODOR-HEUSS-PREIS für 1974 wurde der Initiativegruppe zur Betreuung ausländischer Kinder e.V. (München)

für die jahrelangen Bemühungen, Kindern ausländischer Arbeitnehmer Helfer und Freunde zu sein, zuerkannt.

Unter den Bürgerinitiativen, die sich in den letzten Jahren vielerorts zur Hilfe für Gastarbeiterprobleme gebildet haben, hat sich die Münchner Initiativegruppe in besonderer Weise exponiert und bewährt. In zahlreichen Gruppen und mit etwa 130 Helfern — Lehrer, Studenten, Hausfrauen — betreut sie derzeit allein im Raum München über 400 Kinder.

Sie bietet Hilfe bei Sprach- und Schulschwierigkeiten an, organisiert Hausaufgaben-, Spiel- und Beschäftigungsgruppen, veranstaltet Ausflüge und Besichtigungen, berät die Eltern der Kinder und setzt sich in der Öffentlichkeit für ein besseres Verständnis für die Situation und die Probleme der Gastarbeiterkinder ein. Besonders dankenswert sind ihre Bemühungen um die Entwicklung zweisprachiger Lese- und Bilderbücher, die ausländischen Kindern das Erlernen der deutschen Sprache erleichtern und zur Freude machen sollen.

Diese selbstlose Tätigkeit, die Engagement, Sachkunde und Stehvermögen gegenüber der Öffentlichkeit und Verwaltung erfordert, verdient gemäß der Satzung der Stiftung Theodor-Heuss-Preis e. V. Anerkennung und Ermutigung.

München, den 2. Februar 1974

**Der THEODOR-HEUSS-PREIS für 1974
wurde dem**

Initiativkreis ausländischer Mitbürger und den Spiel- und Lerngruppen für Gastarbeiterkinder (Augsburg)

für ihre jahrelangen Bemühungen um die Probleme ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien zuerkannt.

Unter den Bürgerinitiativen, die in den letzten Jahren vielerorts zugunsten ausländischer Arbeitnehmer tätig geworden sind, haben sich der Augsburger Initiativkreis und die Spiel- und Lerngruppen in besonderer Weise bewährt. Sie verfolgen ihre Ziele

- Hilfe bei der Wohnungssuche
- Kontaktpflege zwischen deutschen und ausländischen Familien
- Förderung bei Schul-, Berufsausbildungs- und Fortbildungsproblemen
- Spiel- und Beschäftigungsgruppen für Kleinkinder
- Beratung in Gesundheits- und Familienangelegenheiten mit großer Hingabe und selbstlosem Einsatz auch gegen Unverständnis und Gleichgültigkeit, wie sie in Ämtern, Institutionen und Personen leider nur zu oft anzutreffen sind. Der Initiativkreis und seine vielen ehrenamtlichen Mitarbeiter und Helfer bedürfen und verdienen hierfür öffentliche Anerkennung und Ermutigung.

München, den 2. Februar 1974

**Eine THEODOR-HEUSS-MEDAILLE für 1974
wurde**

Frau D. Dorothee Sölle

für ihr von christlicher Verantwortung motiviertes und von persönlicher Zivilcourage getragenes Engagement zur Erneuerung des menschlichen und gesellschaftlichen Zusammenlebens zuerkannt.

Dorothee Sölle stellt die Erneuerung des Selbstverständnisses des Christen in der modernen Gesellschaft in den Mittelpunkt ihres theologischen und in seinen Konsequenzen eminent politischen Wirkens. Sie versteht das Evangelium und den christlichen Glauben, der "mit Macht von unten" begann, als verpflichtenden Auftrag gegen Selbstzufriedenheit, Selbstsucht und Frömmelei. Christ sein bedeutet für sie: Glauben in der vorurteilslosen Liebe zum Nächsten und öffentliche Mitverantwortung über den persönlichen Bereich hinaus mit der Konsequenz, in diesem Glauben auch politisch wirken zu müssen. Mit ihrem rückhaltlosen Engagement, das ihr viele Anfeindungen und Mißdeutungen einbrachte, ist Dorothee Sölle weit hineingestoßen in die aktuellen politischen Probleme des Zusammenlebens der Menschen und Völker. Ihr Bekennermut und von christlicher Verantwortung getragenes Engagement hat zur Verunsicherung und Problematisierung bisher geübter politischer Praktiken beigetragen und neue Kräfte und Motivationen geweckt.

Mit der Zuerkennung einer Theodor-Heuss-Medaille soll dieser provokatorisch und beispielhaft wirkende Versuch, aus christlicher Verantwortung demokratische Erneuerung und Verantwortung zu suchen, ausgezeichnet und sollen alle in diesem Sinne Wirkenden ermutigt werden.

München, den 2. Februar 1974

Eine THEODOR-HEUSS-MEDAILLE für 1974 wurde

Frau Thea Gerstenkorn

für ihr beispielgebendes Engagement in einer ländlichen Gemeinde zuerkannt.

Frau Thea Gerstenkorn hat durch ihren tapferen und konsequenten Weg aus einer bäuerlichen niedersächsischen Familie über die Meisterin der ländlichen Hauswirtschaft bis zur Gemeinderätin und stellvertretenden Bürgermeisterin ein Beispiel der Ermutigung und Nachahmung für viele Frauen gegeben, sich im überschaubaren Lebensbereich für öffentliche Angelegenheiten einzusetzen und allen Vorurteilen zum Trotz durchzusetzen. Damit hat sie bewiesen, daß Emanzipation vor allem auch eine individuelle Aufgabe ist, die unabhängig von gesetzlichen Vorschriften jeder einzelnen Frau und der Gesellschaft, in der sie lebt, gestellt ist und immer von neuem bestanden werden muß.

In diesem Sinne hat Frau Thea Gerstenkorn neben ihren Pflichten als Hausfrau und Mutter öffentliche Verantwortung übernommen. Sie bedarf und verdient hierfür – stellvertretend für viele anderen Frauen – gemäß der Satzung der Stiftung Theodor-Heuss-Preis e. V. Anerkennung und Ermutigung.

München, den 2. Februar 1974

Zur Information

Was ist der THEODOR-HEUSS-PREIS?

Der Theodor-Heuss-Preis wurde 1964 gestiftet, um das Andenken an den ersten Präsidenten der Bundesrepublik, an seine Persönlichkeit und sein Vorbild als liberaler demokratischer Politiker und Staatsmann wachzuhalten. Der Preis soll dazu beitragen, die lebenslangen Bemühungen von Theodor Heuss und seiner Frau Elly Heuss-Knapp, um die Festigung der demokratischen Gesinnung in der Bundesrepublik fortzusetzen.

Der Theodor-Heuss-Preis wird alljährlich verliehen:

- für Beispiele und Vorbilder demokratischen Verhaltens und freiheitlicher Gestaltung des Zusammenlebens;
- für bemerkenswerte Zivilcourage;
- für erfolgreiche Aktionen zugunsten des Allgemeinwohls.

Vorschläge und Anregungen

für die Preisverteilung können von jedermann eigereicht werden. Auch Bewerbungen sind möglich. Das Preisgericht setzt sich aus Vorstand und Kuratorium der Stiftung Theodor-Heuss-Preis zusammen. Die Auswahl der Preisträger erfolgt nach streng überparteilichen Gesichtspunkten. Als Preisträger kommen in Frage:

Staatsbürger,
die in besonders vorbildlicher Weise demokratischen Einrichtungen oder Einsichten zum Durchbruch verholfen haben oder besonders hervorragende Beispiele für demokratische Fairneß, Toleranz und guten politischen Stil gegeben haben.

Klassen- oder Schulgemeinschaften
jeder Art, die sich ihrem Alter entsprechend – mit oder ohne

Hilfe von Lehrern – in demokratischer Selbstverwaltung und Verantwortung üben, denen es gelingt, Schülervertretungen Sinn und Leben zu verleihen, die imstande sind, von persönlicher Freiheit und Mitbestimmung im Bereich der Schule vernünftigen Gebrauch zu machen – und durch diese Tätigkeit zur Demokratisierung der Schule beitragen.

Es können sich auch Schülerarbeitsgemeinschaften beteiligen, die nicht nur über allgemein politische Probleme debattieren, sondern sich festumrissene politische Aufgaben stellen.

Jugendgruppen

aller Art, wobei es nicht darum geht, allgemein politische Schulung nachzuweisen. Entscheidend ist die praktische Auseinandersetzung mit den tatsächlichen Verhältnissen in der eigenen Gemeinschaft und der Umwelt.

Organisationen und Einrichtungen der Hochschulen, die zur Reform der Hochschule beitragen.

In gleicher Weise

sind alle Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Frauenorganisationen, Betriebsgruppen, Bundeswehr, sonstige Organisationen und Vereinigungen sowie politische Gruppen aller Art und Richtung zur Teilnahme eingeladen.

Meldeschuß

für die Beteiligung oder Benennung zum Theodor-Heuss-Preis ist jeweils 15. Oktober. Bis dahin müssen die Berichte und Vorschläge dem Vorstand vorgelegt werden.

Zeitpunkt der Verleihung

ist der 31. Januar, der Tag, an dem Theodor Heuss im Jahre 1884 in Brackenheim (Wttbg.) geboren wurde.

Mit einem THEODOR-HEUSS-PREIS wurden bisher ausgezeichnet:

- 1965 – Prof. Georg Picht – Aktion Sühnezeichen
- 1966 – Marion Gräfin Dönhoff – Bamberger Jugendring
- 1967 – Wolf Graf von Baudissin – Prof. Ludwig Raiser
- 1968 – Bundesjustizminister Dr. D. Gustav Heinemann
- 1969 – Günter Grass – Dr. Hans Heigert – Hans Wolfgang Rubin
- 1970 – Bürgeraktion zum Schutze der Demokratie
- 1971 – Walter Scheel – AKTION: Junge Menschen in Not (Gießen)
- 1972 – Alois Schardt und die Redaktionsgemeinschaft der ehemaligen Wochenzeitschrift "Publik"
- 1973 – "Der mündige Bürger"

Mit THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN wurden bisher ausgezeichnet:

- 1965 – Evangelische Volksschule Berchtesgaden, Peter Löser – Heinrich Sievers
- 1966 – Oberschulrat Forstmeier – Frau Ehrengard Schramm, MdL (Göttingen) – Bund Deutscher Pfadfinder
- 1967 – Aktion "Student aufs Land" – Rainer Wagner (Jugendzeitschrift "Gabelmann")
- 1968 – Karin Storch – Helferkreis zur Betreuung ausländischer Zeugen in den KZ-Prozessen
- 1969 – Dr. Gisela Freudenberg – Frau Christel Küpper

- 1970 – Lebenshilfe für geistig Behinderte e. V.
Frau Dr. Just-Dahlmann (Mannheim)
- 1971 – Hans-Hermann Stührenberg – Aktion Bildungs-
information (Stuttgart)
- 1972 – Verein zur Förderung von Gemeinwesenarbeit

- in München e. V. – Verband für Praktizierte
Humanität – PROP-Alternative e. V.
- 1973 – Christian Wallenreiter (München) – Prof. Theodor
Hellbrügge (München) – die Aktionsgemeinschaft
Westend e. V. (Frankfurt/Main)

STIFTUNG THEODOR-HEUSS-PREIS E.V.

8 München 90

Gabriel-Max-Straße 11

Bankverbindung: Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank, 8 München 2, Theatinerstraße 11 – SK 3792307

Die Stiftung finanziert ihre Arbeit ausschließlich aus privaten Spenden; sie sind steuerbegünstigt. Auch Ihre finanzielle Hilfe wird dankbar begrüßt!

Dem Vorstand der STIFTUNG THEODOR-HEUSS-PREIS E. V. gehören an:
Hildegard Hamm-Brücher — Karl G. Hasemann — Manfred Brunner —
Prof. Adolf Butenandt — Hans A. Engelhard — Hermann Freudenberg —
Friedrich Mager — Elisabeth Wagner-Wentz.

Dem Kuratorium gehören an: Ursula Heuss (Basel) — Prof. H. Becker (Berlin) — Prof. K. v. Beyme (Tübingen) — Dr. K. Dohrn (Bad Homburg) —
Gen.-Dir. H. Dürmeier (München) — Prof. T. Eschenburg (Tübingen) —
Stadtschulrat Dr. A. Fingerle (München) — Liselotte Funcke, MdB (Bonn) — R. Güttler (München) — Prof. H. v. Hentig (Bielefeld) — Dr. R. Kaub (München) —
Dr. Lotte Köhler (München) — Dr. H. Lamm (München) — Prof. Golo Mann (Kilchberg) — Karin Marquardt (Emmering) — Dr. F. Messerschmid (München) —
Prof. P. Noack (Unterpfaffenhofen) — Dipl.-Arch. R. Riemerschmid (München) —
H. H. Rösler (Stein b. Nürnberg) — Dr. T. Sommer (Hamburg) — Bundesminister
Dr. H.-J. Vogel (Bonn) — Prof. C.-F. v. Weizsäcker (Söcking) — H. Westphal (Gräfelting) — Erika Wisselínck (Straßlach) — Carl Zuckmayer (Saas-Fee).

Mitglieder des Gründungsvorstandes: Prof. W. Besson †, Prof. G. Hohmann †
Mitglieder des Gründungskuratoriums: Karl-Hermann Flach †, W. Friedmann †,
Prof. Otto Hahn †, Dr. E. L. Heuss †, Hans Lenz †, Prof. A. Marchionini †,
H. Ch. v. Tucher †.